Nebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustrirtes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die 1spaltige Korpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf., Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 11. Nebra, Mittwoch, 8 Februar 1899. 12. Jahrgang.

Der Abrüstungsvorschlag

hat nicht nur den Diplomaten, sondern auch den Bierbankpolitikern viel zu schaffen gemacht und tausende berufener und unberufener Federn in Bewegung gesetzt. Als der Zar im August v. mit seinem Vorschlage die Welt überraschte, wurden im Lager der Friedensbewegung zunächst übertriebene Hoffnungen, weitgehende Erwartungen wachgerufen. Es gab Schwärmer, die da meinten, nun werde man unter Führung des Kaisers Nikolaus mit Siebenmeilenstiefeln dem „ewigen Frieden" entgegeneilen. Ohne den Wert des menschenfreundlichen Gedankens eines mächtigen Herrschers zu unterschätzen, hielten diejenigen, welche mit den wirklichen politischen Verhältnissen zu rechnen gewöhnt sind, von Anfang an daran fest, daß durch die Initiative von Petersburg für den Augenblick nur ein kleiner Teil eines großen Programms zu erreichen sein wird, daß aber mit dieser Anbahnung, wie die damalige offizielle Note auch nachdrücklich und mit Recht hervorhob, ein günstiges Vorzeichen für die Entwickelung des kommenden Jahrhunderts ins Leben getreten ist.

Diese ruhigere und deshalb nutzbringendere Auffassung ist jetzt auch in den Kreisen derer zur Geltung und zum Ausdruck gelangt, die für das endliche Ziel, die Ausschaltung des Krieges, eine internationale und eifrige Propaganda betreiben. Ein Herr Alfred H. Fried, der mitten in der Bewegung steht, hat nun unter dem Titel „Was kann die Petersburger Friedens-Konferenz erreichen" eine lesenswerte Broschüre veröffentlicht, die den Erwartungswert des russischen Vorgehens in nüchterner, sachlicher Weise abschätzt. Von Illusionen über die unmittelbaren Ergebnisse der Abrüstungskonferenz hält sich Fried fern. Die mittelbare Wirkung veranschlagt er dagegen sehr hoch. Er, der ausgesprochene Friedensfreund, glaubt nicht an die Möglichkeit, durch Verträge auch nur das Innehalten der Rüstungen zu dekretieren. Ja er scheut sich nicht auszusprechen: „Wir müssen erst in eine neue Zeit hineinwachsen; hineinspringen wäre unser Tod, denn wir würden da unten mit zerbrochenen Gliedern ankommen und die errungenen Vorteile würden durch den waffenlosen Frieden viel mehr zerstört werden, als durch den waffenstarrenden Frieden."

Der Verfasser der Schrift vertritt den gewiß zutreffenden Gedanken, daß man nicht die Symptome, sondern die Ursachen in Behandlung nehmen müsse, daß also, wenn man dahin gelange, die Streitigkeiten zwischen „zivilisierten" Nationen durch internationale Schiedsgerichte mit bindender Kraft entscheiden zu lassen, die alsdann überflüssigen Gewaltmittel und also auch die Kriegsrüstungen von selbst in Verfall und somit immer mehr außer Gebrauch kommen würden. Herr Fried scheidet von diesem Areopag selbst auch die „halbbarbarischen" Völker aus, „bei denen der Krieg noch immer ein Kulturfaktor" ist und rechnet zu den „unreifen" Staatsbildungen auch die Türkei, die übrigen Balkanstaaten, China und — Japan. Auf Grund dieser Scheidung kommt er nun zu utopischen Vorschlägen, die man ebenso in seinem eigenen Lager überraschend und wenig logisch finden wird, wie sie in den Kreisen praktischer Politiker als undurchführbar bezeichnet werden müssen. Er verlangt Kriege, Handelskriege, Kolonisationskriege, eine Teilung der Welt auf Grund eines vorher abgeschlossenen großen Kolonisationsbundes der zivilisierten Nationen. China, Afrika, ja sogar die Türkei sollen mit Hilfe unter europäischem Mandat operierender internationaler Flotten erobert und ausgenutzt und die „noch tief unten stehenden Völker" gewissermaßen „unter Kuratel" gestellt werden. „An China" — meint Herr Fried — „müßte das Exempel statuiert werden. Das ganze chinesische Reich müßte von den Europäern unter Vormundschaft gestellt werden. Eine ständige Kommission der Mächte in Bern und Peking leitet die Angelegenheit des Landes. Die Naturschätze werden ausgebeutet . . . Die Handelsgesetze unter Berücksichtigung aller Interessen der Vormünder geordnet."

Das ist ein seltsamer Idealismus, der recht sehr an den jenes menschenfreundlichen Geistlichen erinnert, der in der guten Absicht, die Indianer auf den westindischen Inseln zu schützen, den Negerhandel und die Negersklaverei für Amerika ins Leben rief. Die „Vormünder" würden bei der „Friedensidee" bald genug einander ernstlich in die Haare geraten.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Freitag die zweite Etatsberatung mit dem Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung fort. Staatssekretär v. Podbielski teilte mit, daß ein neuer Fernsprechgebührentarif dem Bundesrat bereits vorliege. Im Telephonwesen würden noch weitere Ermäßigungen geschaffen werden. Beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs" kritisierte Abg. Singer (soz.) die Erlasse des Staatssekretärs gegen den Verband der Postunterbeamten, die Maßregelung von Beamten, die sozialdemokratischer Gesinnung verdächtigt worden seien. Staatssekretär v. Podbielski erwiderte, er werde unter keinen Umständen dulden, daß ein Sozialdemokrat Beamter bleibe.

Am 4. d. wird zunächst der Bericht der Geschäftsordnungskommission über den Antrag Auster und Gen. (soz.) auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Schmidt-Auerbach wegen Majestätsbeleidigung dem Kommissionsantrage gemäß angenommen, da, wie der Referent Abg. Roeren darlegt, von der sonst üblichen Verweigerung der Genehmigung abzusehen sei, wenn der betr. Abgeordnete selber die Strafverfolgung nicht verhindert zu sehen wünsche.

Sodann wird die Spezialberatung des Postetats beim Titel „Staatssekretär" fortgesetzt.

Abg. Bassermann (nat.-lib.): Ueber die Entlassung sozialdemokratisch gesinnter Beamter kann sich Abg. Singer nicht beschweren. Dagegen können wir es nicht billigen, daß man die Privatlektüre der Beamten kontrolliert. Den Anregungen auf vermehrte Sonntagsruhe, auf erweiterte Verwendung weiblicher Arbeitskräfte für bestimmte Stellen können wir uns durchaus anschließen.

Abg. Müller-Sagan (frs. Vp.) beantragt die folgende Resolution: „Der Reichstag wolle beschließen: 1) zu erklären, daß Disziplinarmaßregeln gegen Postunterbeamte wegen Abonnierens auf die Wöchenschrift „Deutscher Postbote" oder wegen Inserierens von Familien- oder Vereins-Nachrichten in dieser Wochenschrift unzulässig sind; 2) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, jede Beschränkung der Postbeamten bezüglich ihrer außerdienstlichen Lektüre zu untersagen."

Abg. Graf Klinckowström (kons.): Der Resolution Bassermann werden meine Freunde zustimmen. Lebhaft bedauern wir es aber, daß nach der gestrigen Verhandlung die Resolution Müller-Sagan überhaupt eingebracht worden ist, denn sie kann nur zur Lockerung der Sozialdemokratie beitragen. Die Sozialdemokratie trifft die Verantwortlichkeit dafür, denn sie ist schuld daran, wenn Beamte mit ihren Familien in Not und Elend gestürzt werden. Sie allein sind schuld, aber Gott sei Dank ist jetzt die Zeit der Schwäche vorüber. Sie haben gestern gehört, daß die Regierung Ihnen wieder zielbewußt entgegentritt.

Abg. Franken (nat.-lib.): Ich wende mich zunächst gegen den Abg. Lingens, der für die katholischen Beamten die Vormittage, für die evangelischen die Nachmittage der Sonntage freigegeben wissen wollte. Hinsichtlich der letzteren hat er jedenfalls kein Recht zu einer solchen Forderung, und auch den katholischen Beamten wird er es wohl selbst überlassen müssen, ob sie in die Messe oder in die frische Luft gehen wollen. Von den „Postboten" sind auch mir einige Nummern zugesandt worden, die allerdings über das Erlaubte in der Sprache weit hinausgehen und aufhetzend auf die Beamten wirken müssen.

Staatssekretär v. Podbielski: Der „Postbote" ist keineswegs ein neues Blatt, er besteht schon seit fünf Jahren. Er vertritt Gehaltsforderungen für die Unterbeamten, die niemals zu erfüllen sind, und damit wirkt er herhetzend auf die Beamten, ganz nach Art der sozialdemokratischen Presse. Die Veröffentlichung eines Dienststundenplanes ist eine Verletzung der von allen Beamten unterschriebenen Dienstvorschriften. Sie hätte nur mit Genehmigung der Vorgesetzten erfolgen dürfen. Diese Genehmigung wäre auch unzweifelhaft erteilt worden, wenn die Veröffentlichung nicht in einem Blatte geschehen wäre, das es sich zur Aufgabe gestellt hatte, alle unzähligen Dienststundenpläne zu veröffentlichen. Hätten sich die Beamten freiwillig gemeldet, so würden sie mit einem Verweis davongekommen sein, so aber handelte es sich um eine Kette von Verstößen gegen die Dienstordnung, obwohl die Beamten seit Antritt meiner Stellung wissen mußten, welches Ziel ich mir von Anfang an gestellt habe. Ich hoffe, der Reichstag wird die Anträge Müller nicht annehmen, denn sie würden nicht zum Segen, sondern zum Unsegen ausfallen.

Abg. Stöcker (wildkons.): Der Staatssekretär kann Agitatoren in seinen Betriebe nicht dulden, denn sie schüren die Unzufriedenheit und lockern die Disziplin. Das Vorgehen der Reichspostverwaltung ist aber nicht immer korrekt gewesen. Ich erinnere an die Maßnahmen gegen den Postassistenten-Verband und die Zeitung, die dessen Interessen vertrat. Auch die Verfolgung des „Postboten" wird von durchaus loyal gesinnten Männern nicht gutgeheißen, weil dadurch ganz unnützerweise Märtyrer geschaffen werden. Eine erweiterte Sonntagsruhe möchte auch ich befürworten. Die Schalterstunde nachmittags von 5 bis 6 Uhr müßte wegfallen. Will man sie nicht ganz ausfallen lassen, so verlege man sie auf die Zeit von 12 bis 1 Uhr.

Staatssekretär v. Podbielski: Ich kann dem Hause mitteilen, daß das heute abend herauskommende „Amtsblatt der Reichspostverwaltung" eine Verfügung bringen wird, die bestimmt, daß in Zukunft der Schalterdienst an den Sonntagen in der Regel zwischen 12 und 2 Uhr beendet sein soll. Ebenso sollen die letzten Pakete bis 12 Uhr mittags besorgt werden. Ablehnen muß ich dagegen die Anregung, an den Sonntagen Zuschläge zu nehmen, denn darin würde eine Begünstigung der Reichen gesehen werden.

Abg. Lieber (Zentr.): Auch meine Freunde halten es für richtig, daß eine Agitation unter den Beamten nicht geduldet wird, aber weder für noch gegen die Regierung. Wir können es aber auch nicht für richtig halten, daß man auch die nicht nach außen hin bethätigte Gesinnung der Beamten kontrollieren möchte. Mit dem Vorgehen gegen den „Postboten" sind auch wir deshalb nicht einverstanden, ohne daß ich etwa damit für das Blatt eintreten will.

Abg. Bebel (soz.): Der Staatssekretär arbeitet uns mit seinen Bestrebungen, die Beamten immer mehr vom Bürgertum abzuschließen und so eine Art Mandarinentum zu schaffen, in die Hände. Glauben Sie denn, wir holen uns die Beamten? Nein, sie kommen zu uns. Man treibt sie zu uns, denn es passieren ja vielfach Dinge, daß man an der Verstand der Herren zweifeln möchte.

Abg. v. Kardorff (freikons.): Ein außerordentlich wahres Wort hat Abg. Bebel gesprochen, indem er uns zurief: „Wir leben nur von den Fehlern." Das ist richtig! Aber die Zeiten der Schwäche sind Gott sei Dank vorüber. Daß man Sie mit Schonung behandelt hat, war ein großer Fehler. Zum Glück tritt man Ihnen jetzt wieder energisch entgegen. Der Staat thut durchaus seine Pflicht, wenn er seine Behörden von allen Sozialdemokraten, nicht nur von den Agitatoren, säubert.

Abg. Müller-Sagan: Die von dem Staatssekretär gegebene Darstellung des Vorfalles in Saalfeld, der Entlassung von zwei Beamten wegen Veröffentlichung des Dienststundenplanes, ist durchaus unrichtig. Ich bin in der Lage, ihm das nachzuweisen. Wenn Herr v. Podbielski den Beamten die Papierkorb des „Postboten" vorenthalten will, dann soll er ihnen doch auch nicht zumuten, die Schokoladensuppe der „Neuen Post" auszulöffeln. Eine Warnung vor dem einen und eine Empfehlung des anderen Organs läuft zweifellos auf eine Knebelung der Gesinnung der Beamten hinaus.

Staatssekretär v. Podbielski: Der Vorredner stützt seine Angaben auf Zeitungsmitteilungen, mir steht das gesamte amtliche Material über die Untersuchung zur Verfügung. Auf Grund dieses Materials habe ich meine Darstellung gegeben.

Abg. v. Staudy (kons.): Der Staatssekretär kann stolz sein auf das, was er bis jetzt geleistet hat. Er kann auch nach dieser Debatte mit hoher Befriedigung aus diesem Saale scheiden. Was gerügt wird, sind ja auch nur Kleinigkeiten: einige Disziplinarfälle, über die man doch verschiedener Meinung sein kann. In dem einen Falle handelte es sich um Stimmensang. — Ganz und gar Gesinnungsriecherei wollen wir auch nicht getrieben wissen, aber die Bethätigung sozialdemokratischer Gesinnung kann der Staat unter Beamten nicht dulden. Von den beiden vorliegenden Resolutionen werden wir derjenigen des Abg. Bassermann zustimmen, die des Abg. Müller dagegen ablehnen, da sie einen Eingriff in die innere Verwaltung des Ressorts fordert, der uns nicht zusteht.

Abg. Lieber erklärt, er wolle in jedem Falle den Beamten die private Bethätigung ihrer Gesinnung gesichert wissen.

Damit schließt die Beratung über den Titel „Staatssekretär". Der Titel wird bewilligt, die Abstimmung über die Resolutionen Müller-Sagan und Bassermann wird bis zur dritten Lesung ausgesetzt.

Preußischer Landtag.

Am Freitag setzte das Abgeordnetenhaus die zweite Etatsberatung fort und erledigte den Etat der Gestütsverwaltung und in zweiter Lesung die Vorlage betr. Regelung der Synagogenverhältnisse in Frankfurt a. M. Darauf folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Fürsorge für Hinterbliebene von Volksschullehrern. Die Vorlage wurde von allen Parteien freundlich begrüßt. Abg. Dittrich (Ztr.) betonte bei dieser Gelegenheit die Notwendigkeit der Vorlegung eines Volksschulgesetzes. Die Vorlage wurde einer Kommission überwiesen.

Im Abgeordnetenhaus wurde am 4. d. in der ersten Beratung der Gesetzentwurf betr. die ärztlichen Ehrengerichte einer Kommission überwiesen. Abg. Virchow (Frs. Vp.) kritisierte die in Aussicht genommene Organisation der ärztlichen Ehrengerichte und bestritt, daß man der Kurpfuscherei auf dem Wege des Entwurfs ein Ende machen könne. Kultusminister Dr. Bosse berief sich darauf, daß die Mehrzahl der Aerzte den Entwurf wünschten, der von jeder politischen Tendenz frei sei.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Im Brandenburgischen Provinziallandtage hat der Kaiser am Freitag wieder eine längere Rede gehalten, in der er seine persönliche Verantwortlichkeit dem Herrscher im Himmel gegenüber betonte, von der er wie alle seine Vorgänger auf dem brandenburgisch-preußischen Thron durchdrungen sei. Der hohe Redner zog auch seine Palästinareise in den Kreis seiner Betrachtungen; am Oelberge habe er gewissermaßen sich von neuem den Fahneneid geschworen, nichts unversucht zu lassen, um das deutsche Volk in sich zu einigen und das, was es trennen könnte, zu beseitigen. In Anspielung auf die Friedenskonferenz äußerte sich der Monarch: „So lange in der Menschheit die unerlöste Sünde herrscht, so lange wird es Krieg und Haß, Neid und Zwietracht geben, und so lange wird ein Mensch versuchen, den andern zu übervorteilen. Was aber unter den Menschen, das ist auch unter den Völkern Gesetz. Deswegen wollen wir trachten, daß wir Germanen wenigstens zusammenhalten wie ein fester Block." Die Rede hat einen tiefen Eindruck gemacht.

*Die Einführung eines neuen Infanterie-Gewehrs steht, wie es heißt, in der That bevor. Sämtliche königl. Gewehrfabriken sind mit der Herstellung des neuen Modells so weit vorgeschritten, daß schon in nächster Zeit mit der Massenfabrikation begonnen werden kann. Natürlich ist das neue Gewehr wiederum ein Mehrlader.

*Wie verlautet, wird die Bestätigung des Berliner Oberbürgermeisters von einer Abänderung des Kommunalbeschlusses betreffs des Friedhofes der Märzgefallenen abhängig gemacht.

*Generalmajor Liebert, der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, wird sich sogleich nach seiner Ankunft in Dar-es-Salaam auf eine Expedition nach Mwapwa begeben. Die Expedition soll hauptsächlich dazu dienen, um einige noch schwebende Fragen in der Feststellung der geplanten Eisenbahnlinie nach dem Viktoria-See zu erledigen.

Frankreich.

*„Kein Tag ohne Enthüllung", scheint Quesnay de Beaurepaire zu denken, der dabei immer kühnere Anklagen erhebt. Jetzt erzählt er im „Echo de Paris", die Untersuchung des Generalprokurators Manceau sei mit dem Hintergedanken geführt worden, Dreyfus als unschuldig hinzustellen. Zu diesem Zwecke habe man die Aussage Lebrun-Renaults verdächtigen müssen. Um dies zu erreichen, habe man versucht, einen Soldaten der republikanischen Garde, welcher Dreyfus bei seiner Degradation begleitete, zu einer falschen Aussage zu verleiten; der Soldat habe sich aber nicht bestechen lassen. Beaurepaire erklärt weiter, ein sehr vertrauliches Aktenstück der geheimen Akten, welches der Kriminalkammer mitgeteilt worden war, sei am folgenden Tage zur Kenntnis eines amtlichen Agenten des Dreibundes gelangt, ihm — Beaurepaire — sei diese Thatsache von zwei Offizieren mitgeteilt worden, welche bereit seien, dies vor Gericht zu bekräftigen.

*Eine Privatmeldung will wissen, daß kurz vor Esterhazys Abreise eine Begegnung mit du Paty de Clam stattgefunden habe, die sehr bewegt ausgefallen sei. Die beiden hätten sich gegenseitig Lügner genannt und einander Verrat vorgeworfen.

Belgien.

*Sehr bemerkenswert ist, daß Cecil Rhodes, der „ungekrönte König von Südafrika", von dem König von Belgien in Audienz empfangen wurde. Wie behauptet wird, hat Cecil Rhodes, nachdem er für sein Unternehmen betreffs der innerafrikanischen Eisenbahn bei der englischen radikalen Partei Hindernisse gefunden, sich entschlossen, den König Leopold für sein Projekt zu interessieren. Man erinnert daran, daß vor einigen Tagen Cecil Rhodes in London im Kolonialamt einen Besuch abstattete, und daß bei dieser Gelegenheit ein Spezialgesandter des Königs Leopold zugegen war.

Balkanstaaten.

*Die seit Jahren unterbrochen gewesenen Beziehungen zwischen der Türkei und dem Sultan von Marokko werden demnächst wieder aufgenommen werden. Eine große türkische Gesandtschaft begibt sich Mitte Februar nach Fes und überbringt als Geschenk des Sultans 14 kostbare arabische Pferde, ferner kostbare Waffen und Antiquitäten sowie den höchsten türkischen Hausorden.

Amerika.

*Aus New York wird berichtet, daß die Mitglieder der Philippinenkommission, die Professoren Schurmann und Worcester, von San Francisco nach Hongkong abgesegelt sind. Die Konferenzen zwischen den Delegierten des Generals Otis und den Abgesandten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218990208-13/fragment/page=0001

Aguinaldos hätten ganz aufgehört. Sennor Agoncillo erkläre, das Filipino-Kabinett würde mit den Kommissaren des Präsidenten gar nicht verhandeln, bis die Kommissare der Filipinos in Washington anerkannt seien.

* Die Amerikaner hegen neuerdings die Hoffnung, die cubanischen Freischaren lediglich mit Dollars, und zwar mit einem mäßigen Aufgebot dieser Waffengattung zum Friedensschluß bewegen zu können. Der nach Cuba entsandte amerikanische Spezialkommissar Robert Porter hat mit Gomez in Remedios eine Konferenz gehabt. Das Ereignis sei gewesen, daß Gomez an Mac Kinley ein Telegramm gerichtet habe, in welchem er den Präsidenten seiner Mitwirkung bei der Auflösung der cubanischen Armee versichert und bei der Verteilung von drei Millionen Dollar unter seine Soldaten, um diese in den Stand zu setzen, nach ihren Wohnungen zurückzukehren.

* Die Meldung, daß den Cubanern mehr als drei Millionen Sold für ihre Beteiligung am Kriege bezahlt werden soll, erregt im ganzen Lande Unzufriedenheit. Stürmisch wird verlangt, die Kriegssteuern müßten nun, nachdem alles Gewünschte erreicht worden sei, aufhören, diese Forderung, die allgemeinen Beifall findet, trifft aber bei der Regierung auf taube Ohren. Schon liegen dem Kongresse Neuforderungen von Krediten über 474 Millionen Dollar vor. Es sind 1) die Bill für neue Schiffsbauten, 2) die Anlage des Nikaragua-Kanals, 3) die Verstärkung der Armee, 4) Hafen- und Wasserbauten, 5) die 20 Millionen Dollar für die Philippinen, 6) weitere Kosten für die Marine, 7) neue öffentliche Gebäude. Diese Liste enthält nur das Notwendigste; was weiter noch kommt, kann noch nicht übersehen werden, wird aber ebenfalls ein stattlicher Posten sein. Im amerikanischen Publikum macht die Aussicht auf weitere neue Steuern den schlechtesten Eindruck.

Von Nah und Fern.

Düsseldorf. Der Provinzialandtag stimmte dem Antrage des Provinzialausschusses zu, zur Erhaltung des Siebengebirges aus den Mitteln der Provinz 200 000 Mk. aufzuwenden.

Potsdam. Von der hiesigen Polizei wurde am Mittwoch ein angeblicher Schriftsteller Geißel aus Westfalen festgenommen. Geißel hat seit längerer Zeit alle nennenswerten Städte Deutschlands bereist und bei Personen besserer Stände, ja selbst bei Prinzen und Prinzessinnen, seine „patriotischen“ Gedichte unter Beifügung eines Bettelbriefes angeboten. Er erlangte dadurch eine derartige Einnahme, daß er stets in den besten Gasthäusern wochenlang logieren und seine dortigen Ergüsse stets neu drucken lassen konnte.

Angerburg. In große Besorgnis wurden die Eltern der acht Jahre alten Schülerin Anna Fleischer in S. versetzt, weil das Mädchen eine etwa drei Zentimeter lange Stecknadel verschluckte, die dem Kinde am anderen Tage heftige Schmerzen in der Magengegend verursachte. Wunderbarerweise aber gelangte die Nadel am dritten Tage wieder auf dem natürlichen Wege ins Freie. Die Eltern hatten dem Kinde recht viel grobes Brot zu essen gegeben.

Hamburg. Die Meldung, daß sechs deutsche Matrosen, die im Mittelmeer von der kaiserlichen Marine desertiert sein sollten, mit dem Dampfer „Lesbos“ in Hamburg angekommen wären, bedarf der Berichtigung. Die Sache steht nach dem „Hamb. Korr.“ wesentlich anders. Allerdings sind mit dem genannten Dampfer sechs deutsche Reichsangehörige dort angekommen, es waren aber keine Matrosen, sondern Leute, die sich für die französische Fremdenlegion hatten anwerben lassen, die dann in Suez auf dem Transport nach Tongking desertierten und sich freiwillig dem deutschen Konsul in Alexandrien stellten. Dieser hat sie dann in die deutsche Heimat befördern lassen.

Mohrungen. Nach dem Genusse trichinenhaltigen Schweinefleisches ist dieser Tage der Tischlermeister Werner in Königsberg gestorben. Werner hatte vor einigen Wochen ein Schwein geschlachtet und das Fleisch auch auf Trichinen hin untersuchen lassen; es war als trichinenfrei erklärt worden. Nach einiger Zeit traten bei ihm Krankheitserscheinungen auf, die jedoch nicht auf Trichinose zurückgeführt wurden. Erst auf wiederholtes Andringen seiner Schwägerin wurde das Fleisch in Mohrungen nochmals untersucht und hier von Trichinen durchsetzt befunden. Werner war jedoch nicht mehr zu retten. Seine Ehefrau und zwei Söhne liegen noch schwerkrank danieder. Der Körper des Verstorbenen ist nach vorläufigem Befunde von Trichinen völlig durchsetzt.

Stettin. Ein Mord und Selbstmord wurde hier am Mittwoch abend verübt. Eine gewisse Anna Theel aus Stargard erschoß ihren Bräutigam Johann Talaska und dann sich selbst in dessen Wohnung. Ueber die näheren Umstände, die zu der blutigen That Veranlassung gegeben haben, war Sicheres nicht festzustellen. Wie es heißt, soll Talaska sich geweigert haben, das der Anna Theel gegebene Eheversprechen zu halten.

Bunzlau. In Groß-Hartmannsdorf ist die mit Erntevorräten angefüllte Scheune des Gutsbesitzers Geisler niedergebrannt. Das Feuer war angelegt von einem Knecht, der die That mit dem Bemerken eingestand, er habe das in der Scheune lagernde Getreide nicht dreschen wollen. Der Brandstifter wurde verhaftet.

Schivelbein. Im Dorfe Nepzin spielten zwei Knaben mit einem geladenen Terzerol; plötzlich entlud sich die Waffe, und die ganze Schrotladung drang dem einen der Knaben in die Brust. Der Schwerverletzte liegt im hiesigen Kreiskrankenhaus hoffnungslos danieder.

Thorn. Bei dem Hufenpächter Kaslowski in Schultzenweide sollte am Dienstag die Hochzeit seiner Tochter mit dem Schuhmacher Weidemann aus Niesenburg stattfinden. Nachdem die standesamtliche Trauung am Nachmittag stattgefunden hatte, begab sich der junge Mann mit dem Nachbarn S. nach Bahnhof Rehhof, um dort einige ankommende Gäste in Empfang zu nehmen. Sie wollten den Weg abkürzen und bei dem Nachbarn M. über den Hof fahren, der in der Nähe des Weges einen Brunnen hat. Sie fuhren ziemlich schnell, und da es schon ziemlich dunkel war, so fuhren sie gegen den Brunnenschwengel. Dieser traf den jungen Mann so unglücklich vor die Brust, daß er sofort tot war. Die junge Ehefrau sah ihren Mann nur als Leiche wieder.

Ostrowo. Die Eisenbahnbehörde hat für Ermittelung des Thäters, der im Dezember vorigen Jahres auf das Geleise der Ostrowo-Krotoschiner Bahn, dicht vor Ostrowo, einen etwa einen Zentner schweren Stein gelegt hat, eine Belohnung von 50 Mk. ausgesetzt.

Wien. Frau Lilli Lehmann, die berühmte Sängerin und eifrige „Tierschützerin“ wird nicht wenig erstaunt sein, zu hören, daß gegen sie von der Wiener Genossenschaft der Federnschmücker die Klage wegen Geschäftsstörung angebracht werden sollte. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Bekanntlich hat der Verein der Vogelfreunde in einem Aufrufe an die Frauenwelt dazu aufgefordert, in Zukunft im Interesse des Schutzes der Singvögel keine Vogelleichen als Kopfputz zu tragen. Die Genossenschaft der Federnschmücker in Wien hat nun ein Gutachten des Dozenten am Technologischen Gewerbemuseum, Magistrats-Oberkommissars Dr. Heilinger darüber eingeholt, ob gegen den bezeichneten Verein und insbesondere gegen eine der hervorragendsten Vertreterinnen der Vogelschutzbewegung, Frau Lilli Lehmann, wegen „Geschäftsstörung“ vorgegangen werden könne. Dr. Heilinger erklärte, daß nach dem gegenwärtigen österreichischen Rechte nicht jede Gewerbestörung bereits eine Gesetzesverletzung bildet und daß die Federnschmücker ebensowenig gegen die Vogelschutzbestrebungen von Vereinigungen der Privaten mit Erfolg klagbar auftreten können wie die Wirte gegen die Mäßigkeitsvereine oder die Fleischer gegen die Vegetarianer.

Brünn. Am Montag abend wurden vor dem Haupteingange der Stadtkirche in Kanitz zwei junge Leute, der Tischlergehilfe Lang und der Schlossergehilfe Zoufaly, in ihrem Blute, und zwar der erste tot, Zoufaly schwer verwundet, aufgefunden. Zwischen beiden lag ein Schwein, gleichfalls erschossen. Zoufaly gab an, daß er sich mit seinem Freunde verabredet hatte, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Lang sei zufolge der Verabredung die Aufgabe zugefallen, zuerst den Freund, dann sich selbst zu erschießen. Vor der That hatten sie sich einen leichten Rausch angetrunken, ein Schwein aus dem Stalle des Langschen Hauses mitgenommen, es auf den Thaort geschleppt und dort einen Probeschuß auf dasselbe abgefeuert. Hierauf nahmen sie Stellung wie zu einem Duell — das tote Schwein dazwischen. Lang feuerte sofort, nachdem er den Schuß auf seinen Freund abgegeben, den zweiten Schuß gegen sich ab und blieb tot. Den Freund traf er nicht so gut, doch dürfte auch Zoufaly der schweren Verletzung erliegen. Das Motiv der That ist, wie aus einem von Lang hinterlassenen Zettel hervorgeht, unglückliche Liebe!

Innsbruck. Vom Zirberberg stürzte der 74jährige Grundbesitzer Konstantin Schneider ab und war sofort tot.

Paris. Der Ausschuß für die internationale Schönheitskonkurrenz, die in Paris stattfindet, hat soeben sein Programm veröffentlicht: Soziale Stellung und Eleganz werden das Urteil nicht beeinflussen und den Wettbewerberinnen soll eine öffentliche Schaustellung erspart bleiben. Die Prüfung steht allein dem Preisgericht zu, das dem weiblichen Zartgefühl alle wünschenswerten Garantien bietet. Die erste Preisträgerin wird zur „Championne der Welt“ proklamiert, und ihr zu Ehren soll ein Bankett veranstaltet werden; auch sind, wie wir der „Independance Belge“ entnehmen, außer dem Hauptpreis zehn Preise mit „ehrender Erwähnung“ ausgesetzt. Interessant in die Zusammensetzung des Preisgerichts: Sara Bernhardt, die „Königin der schönen Haltung und die Fürstin der Gebärde“, wie sie Rostand nennt, ist das einzige weibliche Mitglied; ferner sind als Preisrichter thätig zwei Bildhauer, zwei Maler, zwei Plakatenzeichner, zwei Damenschneider und zwei Stiftsteller und endlich Gailhard, Direktor der Pariser Oper.

— Ein neuer Spitzbubenkniff verursachte dieser Tage auf einer der Pariser Dampfschwalben in der Nähe des Pont-Neuf eine Panik. Plötzlich schrie ein Fahrgast verzweifelt: „Wir sinken!“ Der Kapitän mußte dem Drängen des Publikums folgen und sofort am Ufer anlegen. Alle Welt stürzte auf das rettende Festland, aber alsbald stellte sich heraus, daß das Dampfboot in bestem Zustande war. Gleichzeitig konstatierten einige zwanzig Reisende, daß ihnen die Portemonnaies gestohlen waren. Der Rufer war ein Taschendieb, der natürlich in der allgemeinen Aufregung das Weite gesucht hatte.

London. Drei Soldaten, Mitkämpfer von Omdurman, waren aus dem Militärhospital in Netley entlassen worden und wollten über London in ihre Heimat zurückkehren. Als der Zug, mit dem sie reisten, auf dem Londoner Bahnhof Waterloo-Station angekommen war, fand man die drei Krieger bis zur Sinnlosigkeit betrunken im Koupee vor, so daß sie wie Leichen herausgehoben und auf den Perron gelegt werden mußten. Dann transportierte man sie in ein Hospital, wo man mit Magenpumpen an ihnen operieren mußte. Zwei Mann wurden auf diese Weise wieder zum Bewußtsein gebracht, der dritte aber, einer der mit Ruhm bedeckten 21. Lanzenreiter, war tot.

Kopenhagen. Die Lokalbahn in der Vorstadt Oesterbro hat elektrische Beleuchtung, für die der Strom aus den Kraftanlagen des benachbarten Freihafengebiets bezogen wird. Die verbrauchte Elektrizität passiert somit die Zollgrenze. Da nun das Elektrizitätswerk im Freihafen unversteuerte Kohle verbraucht, so ist die die Zollgrenze passierende Elektrizität mit einer Einfuhrsteuer von 10 Prozent vom Wert belegt worden. Die Bahn ist staatlich, so daß also der Staat sich selbst Steuern auf Elektrizität bezahlt.

Gerichtshalle.

Berlin. Eine für Droguisten interessante Verhandlung beschäftigte am Donnerstag die sechste Berufungsstrafkammer des Berliner Landgerichts I. Die Polizei hatte eine Agentur mit einem Rezept zum Drogenhändler H. geschickt, um zu erproben, ob derselbe ein soches anfertigen werde. H. ging in die ihm gestellte Falle, er fertigte die Arznei an und machte sich dadurch eines Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung schuldig, welches mit einem Strafmandat in Höhe von 150 Mk. geahndet wurde. Vor dem Schöffengericht erhob der Angeklagte den Einwand, daß er die Agentin recht gut erkannt und deshalb auch gewußt habe, daß die von ihm anzufertigende Arznei nicht zu Heilzwecken, sondern nur dazu dienen solle, ein Beweismittel gegen ihn zu liefern. Daß es verboten sei, zu diesem Zwecke Arzneimittel zu verabfolgen, davon stehe im Gesetze nichts. Der Verteidiger führte außerdem aus, daß in dem einmaligen Verabfolgen einer Arznei eine gewerbsmäßige Ausübung des Apothekergewerbes nicht erblickt werden könne und unter Beiritt zu diesen Ausführungen fällte das Schöffengericht ein freisprechendes Urteil. Der Staatsanwalt legte Berufung ein und führte im Termin am Donnerstag aus, daß eine einmalige Handlung wohl genüge, um die Gewerbsmäßigkeit festzustellen. Werde doch auch ein Schankwirt verurteilt, wenn er überführt werde, in einem Falle widerrechtlich Schnaps verkauft zu haben. Die Frage, zu welchem Zweck die Arznei gefertigt und verabfolgt worden sei, komme gar nicht in Betracht, es genüge, daß der Angeklagte sie abgegeben habe. Er beantrage die Aufhebung des ersten Urteils und die Verurteilung des Angeklagten zu 150 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte nach diesem Antrag.

Braunsberg. Vor der Strafkammer hatte sich der Arbeiter Peter Fadeck aus Mühlhausen wegen Doppelehe zu verantworten. Er hat am 18. September vor dem Standesamte zu Schönberg mit der Arbeiterin G. die Ehe geschlossen. Vorher war er im Jahre 1896 vor dem Standesamte zu Gr.-Mansau mit der Kätnertochter J. die Ehe eingegangen, welche nicht getrennt war. Er hatte seine erste Ehefrau bald nach seiner Verheiratung verlassen und in keiner Weise für sie gesorgt. Sorglos nahm er sich die zweite Frau, indem er dem Standesbeamten vorschwindelte, er sei noch unverheiratet. Er wurde zu ein Jahr Zuchthaus verurteilt.

Ulm. Der verheiratete Braumeister Linder war im Jahre 1894 wegen Untreue und Unterschlagung zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden und hat die Strafe auch verbüßt. Er ist jetzt im Wiederaufnahmeverfahren als unschuldig freigesprochen worden.

Aus der Woche.

Die Familie der Bourbons hat viel Unglück! Die französische Hauptlinie ist ausgestorben, die spanische Linie wird allein durch den kleinen Königs Alfons männlicherseits vertreten; die italienischen Nebenlinien Neapel und Parma sind depossediert. Eine Enkelin des letzten regierenden parmensischen Herzogs hatte den Fürsten von Bulgarien geheiratet und ist nun schon nach verhältnismäßig kurzer Ehe bei der Geburt des vierten Kindes gestorben. Viel Freude hat dieser Sproß aus altem stolzen Fürstenstamm in ihrer Ehe nicht gehabt. Sie hat Opfer ihrer Uebergenzung bringen müssen und böse Gerüchte schadeten ihr in der Liebe des Volkes, ohne die eine Fürstin niemals segensreich wirken kann. Stambulow, der Fürstenmacher und Eisenkopf, war nicht für höfische Etikette zu haben und deshalb wurde er der jungen Fürstin zuwider. Er stürzte schließlich und sein tragisches Ende warf einen düsterlichen Schatten auf das junge Fürstenhaus. Sein Nachfolger suchte für den Fürsten Rußlands Anerkennung und erkaufte diese um den Preis, daß des fürstlichen Paares ältester Sohn, Prinz Boris, russisch-orthodox getauft wurde, obwohl der herzoglichen Familie von Parma in feierlicher Form versprochen worden war, daß die der Ehe entstammenden Kinder dem katholischen Glauben angehören sollten. Und nachdem auch die Folgen dieses Schrittes sich zu mildern begannen, ruft ein frühzeitiger Tod die junge Fürstin von dieser Erde ab. Fürst Ferdinand ist vermitwet und vereinsamt und dieser Schlag trifft ihn zu einer Zeit, in der sich das Land selbst durch die Finanzgebarung des bisherigen Premierministers Stoilow in einer Krisis befindet! Zwar ist man heute an „Krisen“ schon gewöhnt; es „kriselt“ allerorten und in Oesterreich wie in Ungarn ist die Krise in Permanenz erklärt worden. Der österreichische Reichsrat ist auf lange Zeit wahrscheinlich vertagt worden und in Ungarn herrscht ein völlig gesetzloser Zustand, der nur dadurch erträglich wird, daß das Volk vernünftiger ist wie im Parlament; sonst ginge alles drunter und drüber. Die „Krise“ in Spanien nimmt einen ganz ungewöhnlichen, fast gemütlichen Verlauf; erst glaubte

---

Am Vorabend der Hochzeit.

31] Roman von Helene Stökl.

(Fortsetzung.)

Der Staatsanwalt fährt fort: „Der Herr Verteidiger hat wieder und wieder gefragt: „Wo ist der Körper des Ermordeten?“ Darauf habe ich zu antworten, daß die nach der Ueberschwemmung vorgenommene Untersuchung, auf welche die Verteidigung so viel Gewicht legt, nach toten Tieren, aber nicht nach menschlichen Körpern angestellt wurde. Wäre das letztere der Fall gewesen, so würde man genauer nachgeforscht haben. Die Tiere waren auf der Weide von dem Wasser überrascht worden und ihre Körper wurden demzufolge meist gegen Hecken und Zäune getrieben, von denen sie aufgehalten wurden. Der leblose Körper Baumanns ward jedoch, wie Käthe Rallas aussagt, in den Fluß selbst hineingeworfen, und zwar an einer Stelle, wo dieser besonders tief und reißend war; er mußte also von der Strömung erfaßt und in die offene See hinausgetragen werden. Zu der Zeit, als die Nachsuchung angestellt wurde, wußte man noch nichts von dem Verbrechen, und nachträglich wäre es zu spät gewesen, nachsuchen zu wollen.

„Wo ist der Körper des Ermordeten?“ so fragt auch der Staatsanwalt, aber nicht spottend, wie Rechtsanwalt Hallberg, sondern mit furchtbarem Ernst, mit zitternder Stimme und feierlich erhobenem Zeigefinger. „Das weiß nur Gott allein! Wenn Sie, meine Herren, mich aber fragen, wo der Schatten des Ermordeten ist, so sage ich: wir sehen ihn in der Flucht des hier Angeklagten, in der Entführung des ihm öffentlich verlobten Mädchens, in seinem Schwerbergen unter falschem Namen, ja selbst in der Verteidigung, die heute in seinem Namen geführt wurde.“

Der Vorsitzende gibt ein sehr sorgfältiges, unparteiisches Resümee, aus dem aber hervorgeht, daß auch er das Zeugnis der Käthe Rallas nicht für erschüttert hält.

Um halb 4 Uhr schließt er seinen Vortrag, und die Geschworenen ziehen sich in das Beratungszimmer zurück.

„Das ist einer von den Fällen,“ bemerkte ein in Gerichtssachen Erfahrener aus dem Publikum, „die immer ungünstiger werden, je länger man über sie spricht. Wenn die Geschworenen in 20 Minuten zurückkommen, so darf der Angeklagte hoffen; bleiben sie eine Stunde aus, so ist es um ihn geschehen.“

Sie bleiben ein, zwei, drei Stunden aus.

Der Abend bricht herein und die Reihen des Publikums beginnen sich zu lichten.

Heinrich v. Lestows Haus liegt beinahe eine Stunde weit vor der Stadt, Justizrat Mellens Haus dagegen steht dicht dabei. Während des Tages der Gerichtsverhandlung liegen auf dem flachen Dache des letzteren Gebäudes drei Fahnen bereit, um augenblicklich aufgehißt und als Signal benutzt zu werden. Die Fahnen sind grün, weiß und schwarz. Die grüne Fahne soll in dem Augenblicke vom Dache wehen, in dem die Geschworenen sich geeinigt, die weiße, wenn ihr Spruch „Nichtschuldig,“ die schwarze, wenn er „Schuldig“ lautet.

An einem Fenster des Herrenhauses, von dem aus es möglich ist, die Fahnen zu erblicken, sobald sie aufgezogen sind, sitzt Martha und hält betend und weinend, hoffend und zagend Wache. Stunde um Stunde vergeht in banger Erwartung, keine Fahne zeigt sich. Der Tag neigt sich seinem Ende zu, die Dämmerung bricht herein, und noch immer sitzt Martha am Fenster und starrt mit trockenen, brennenden Augen in die Dunkelheit hinaus. Sie würde die Fahnen jetzt nicht mehr unterscheiden können, aber der Justizrat hat Sorge getragen, daß sie auch bei der Nacht keinen Augenblick unnütz auf die Nachricht zu warten braucht. Auf einer Vorrichtung auf dem großen Rasenplatze vor seinem Hause liegen drei Raketen zum Aufsteigen bereit. Sobald die Geschworenen sich geeinigt haben, soll eine grüne Rakete aufsteigen; ist ihr Spruch „Nichtschuldig,“ so wird eine im Zerplatzen weiße Sterne herabsendende Rakete in die Höhe gehen, und ist ihr Spruch „Schuldig“ — Martha fühlt, wie ihr Herz bei dem bloßen Gedanken an die Möglichkeit zu schlagen aufhört, — so wird eine Rakete aufsteigen und, ohne zu zerplatzen, in der Dunkelheit verschwinden. Die Uhr schlägt neun, dann zehn. Marthas Spannung steigert sich bis zur Unerträglichkeit, ihre Pulse klopfen fieberhaft, ihr Kopf brennt und vor ihren Augen beginnt es sich zu drehen. Unverwandt aber starrt sie hinaus nach der Richtung hin, in der das Zeichen sichtbar werden muß. Noch eine halbe Stunde, da springt sie plötzlich auf, die Hände auf die Brust gepreßt, als müsse sie dieselbe vor dem Zerspringen bewahren. Ein feuriger Strahl schießt in die Höhe und ergießt sich jetzt in einem Regen von grünen Sternen über die dunkle Erde hin.

Die Geschworenen sind einig! — — —

In der Gerichtshalle, die matt erleuchtet ist und nur noch einen kleinen Teil des Publikums, das sich darin befand, versammelt sieht, werden die Namen der Geschworenen aufgerufen, langsam, einer nach dem andern. — Marthas Herz durchlebt Ewigkeiten in jeder dieser Sekunden. Das erste Wort, das über die Lippen des Obmanns kommen wird, ist Leben und Tod nicht allein für ihren Gatten — nein, sie fühlt es in ihrem Herzen, auch für sie. Sie hat sich auf ihre Kniee geworfen, die Arme in Todesangst zum Himmel erhoben. Ihre ganze Seele schreit zu Gott: „Erbarme dich, Herr, erbarme dich! Laß den Unschuldigen nicht verderben! Gib Gnade, gib Leben! Wende dich nicht von uns, Allbarmherziger, höre mein Flehen, allmächtiger Gott!“ Die Worte ersterben plötzlich auf ihren Lippen — die zweite Rakete steigt auf. Hoch und höher steigt sie — Gott der Gnade, wird sie niemals brechen? Da zerspringt sie, ein silberner Funkenregen sprüht herniederr. Martha liegt auf der Erde, das Haupt schluchzend auf den Boden gedrückt. Gott war gnädig: ihr Gatte ist frei.

20.

Unter den wenigen Personen, welche ausharrten, bis der Urteilsspruch erfolgte, befanden sich auch Frau Baumann und Käthe Rallas. Schweigend machten sie sich auf den Heimweg, nachdem sie das freisprechende Verdikt vernommen hatten. Zweimal blieb die ältere der beiden stehen, als wollte sie reden, aber die Worte versagten ihr vor Aufregung. Als sie bei der Thür ankamen und Käthe in das Haus

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218990208-13/fragment/page=0002

man, entweder das Volk oder die Generale würden infolge des ungünstigen Kriegsverlaufes gegen das schwache Königtum rebellieren; man glaubte, Don Karlos, auch ein Bourbone, werde leichtes Spiel haben. Mindestens aber, meinte man, würde das Ministerium Sagasta in die Brüche gehen. Nichts davon ist eingetroffen und Sagasta sitzt fest im Sattel. Mit den militärischen Pronunciamentos, die früher so oft Ministerien, ja Throne stürzten, geht es auch in Spanien nicht mehr! — Frankreich kommt aus der „Krise" gar nicht heraus, wenn solche auch zeitweilig nicht an die Oeffentlichkeit tritt. Der arme Dreyfus ist dabei ganz Nebensache. Der Streit, der sich um seine Affäre dreht, ist ein solcher zwischen der militärischen und der finanziellen Oligarchie, die beide nicht viel taugen, in einer Republik nach französischem Muster aber die Hauptrolle spielen. Heutzutage kann eben nur eine kräftige „selbewußte" Monarchie ein Staatsgebilde in die Höhe bringen oder in der Höhe erhalten; es dreht sich heute alles um das Wirtschaftliche, um den Erwerb. Das Volk ist „helle" geworden. Selbst diejenigen, die nicht den gleichzeitigen Umsturz von Thron, Altar, Armee und sonstiger historischer Kleinigkeiten anstreben, sind doch damit einverstanden, gemäßigte Bestrebungen regieren zu sehen, die den gleichmäßigen Fortschritt aller Klassen bezwecken. Das fehlt aber in Frankreich vollständig: auf der einen Seite der Geldsack, auf der andern der Säbel. Wer bei diesem Duell schließlich Sieger bleiben und wie die Gerechtigkeit dabei abschneiden wird, das ist die große Frage, die mehr wie die Zukunft Frankreichs entscheiden wird. Auch Deutschland hat seine „Krisen" und da Berlin nur in Reuß älterer Linie nicht als Reichshauptstadt gilt, so ist wohl die Berliner Oberbürgermeisterkrisis in erster Linie zu nennen. Ueber die Umfassung des Märzgefallenen-Kirchhofs im Friedrichshain zu Berlin ist schon der langjährige Oberbürgermeister Zelle gestolpert — kein Wunder: denn sie befindet sich wirklich in trostlosem Zustande! — auch der neugewählte erste Bürgermeister Kirschner dürfte einen schweren Fall thun. Hätte man einfach im stillen einen neuen Zaun um den Kirchhof errichtet, — es hätte kein Hahn danach gekräht. Aber aus der sachlich städtischen Angelegenheit wurde von „Revolutionären in Schlafrock und Pantoffeln" eine Haupt- und Staatsaktion, eine politische Demonstration gemacht, deren Folge war, daß erster Bürgermeister Kirschner, obwohl schon vor langen Monaten gewählt, heute noch nicht im Amte bestätigt ist. Allerlei Gerüchte schwirren in der Luft über die offenbaren „Gründe" der Nichtbestätigung. Als ob man überhaupt nach Gründen zu suchen hätte! Die Sache ist bereits vor mehr als 400 Jahren entschieden worden, als Friedrich der Eisenzahn den Stolz der märkischen Städte brach, wie sein Vater den Trutz der märkischen Ritterschaft gebrochen hatte. Zu einem Bernhard Nyke hat Bürgermeister Kirschner offenbar kein Talent und ebensowenig den „guten Willen." Der Geist Friedrichs des Eisenzahns lebt noch, womit nichts im Sinne der Spiritisten gesagt sein soll. Drwd.

Aus Paris

lassen sich die „M. N. N." schreiben: Die Franzosen sind im Verkehr ja wirklich angenehme Leute, aber sie haben eine unangenehme Eigenschaft: sie fragen einen nach der ersten Viertelstunde der Bekanntschaft regelmäßig: „Wie denkt man bei Ihnen eigentlich über die Affäre?" Man kann plötzliche Taubheit oder gänzliche Unkenntnis der französischen Sprache heucheln, man kann eine eilige Besuchspflicht vorschützen oder kalte Füße haben, man kommt nicht los, unerbittlich heißt es: „Nein, sagen Sie mir nur, wie denkt man bei Ihnen über die Affäre?" — Nun, was soll man sagen? Man bedauert sie, man wünscht, daß die Geschichte endlich einmal eine Lösung oder wenigstens ein Ende findet. — „Sehen Sie, gerade wie bei uns!" — Aber für wen nimmt man in Deutschland Partei?" — Hm, wir haben darin noch nicht Partei zu nehmen, das ist doch eure interne Angelegenheit. — „Schon richtig, aber die Presse bei euch beteiligt sich doch am Kampf um Dreyfus." — Ja, die Presse, wenigstens zum Teil! Aber die Bevölkerung bleibt dabei ziemlich kühl. Man liest die Nachrichten, die von Frankreich herüberkommen, je nachdem mit Interesse oder Neugier, aber warum sollte sich der ruhige Bürger für oder gegen Dreyfus erhitzen? — „Sehen Sie, gerade wie bei uns!" — Verzeihung, bei Ihnen ist das doch wohl anders. Frankreich ist ja bekanntlich in zwei große Lager gespalten, deren eines für, das andere gegen Dreyfus steht. Da gibt es nur Revisionisten und Nationalisten, Guelfen und Ghibellinen. — „So? Das haben Sie aus den Zeitungen auswendig gelernt. Aber glauben Sie mir, wir sind die Geschichte längst satt und sehnen uns von Herzen darnach, endlich einmal von etwas anderem zu hören. Jeder Franzose wünscht das Ende." — Und all' die Volksversammlungen und Lügen? — „Ach die werden nur besucht, weil ihre Führer gerade versprechen, die Sache zu Ende zu bringen. Wie die Entscheidung auch ausfallen mag, die Geister werden sich sehr schnell beruhigen, wenn nur erst einmal etwas entschieden ist. Aber man läßt uns ja nicht zur Ruhe kommen!"

Nachdem ich solche Versicherungen in den letzten Monaten immer und immer wieder gehört, kann ich nicht daran zweifeln, daß sie die Stimmung wenigstens eines sehr großen Teiles des französischen Volkes wiedergeben. „Genug davon!" tönt es von allen Seiten, und doch lebt der Rattenkönig der Dreyfus-Affäre weiter, immer neue „Affären" entwickeln sich aus dem Knäuel, und kein Ende ist abzusehen. Das Volk ist schließlich genug, um zu erkennen, welche traurige Rolle Frankreich zur Zeit spielt, aber es weiß sich der Hetzer von beiden Seiten nicht zu erwehren. Ihm fehlt nichts als ein bißchen Energie, um kategorisch zu erklären: „Jetzt hört's auf! Ihr Leute an der Spitze, in der Regierung und im Parlament, ihr angeblichen Wortführer der öffentlichen Meinung, thut nützliche Arbeit für das Vaterland, oder wir wollen nichts mehr von euch wissen! Sorgt, daß die Affäre begraben wird und daß sie niemals wieder aufersteht! Seit Jahren verschwendet ihr unsere beste Kraft in fruchtlosen Parteikämpfen und blamiert uns vor der ganzen Welt und vor uns selbst. Wenn ihr dem nicht zu steuern wißt, so seid ihr nicht wert uns zu leiten."

Diese Sprache würde die öffentliche Meinung besser wiedergeben, als die Brandreden für und wider, die seine sogenannten Vertreter im Parlament und in der Presse führen. Aber für diese Leute ist die Affäre ja ein geradezu unerschöpfliches Thema für Reden und Sensationsartikel, für Enthüllungen und Agitationen. Sie allein sind verantwortlich für das unwürdige Schauspiel, das die französische Geschichte der letzten Zeit bietet, nicht das im Grunde bei allen Nationalfehlern so verständige und tüchtige Volk, dessen Unselbständigkeit sie mißbrauchen. Dieses Volk ist trotz seiner Revolutionen und trotz seiner republikanischen Verfassung im Grunde das Bevormundung bedürftig, wie wenig andere. Es verlangt ordentlich nach Autoritäten. Nun will das Unglück, daß es immer wieder in die falschen Hände fällt, daß ehrgeizige Politiker und Parteimänner die Zügel führen, wo ein starker und guter Wille allein helfen kann. Dabei fällt mir ein Vierzeiler des alten „Wandsbeker Boten" ein:

„Es war einmal ein Reiter,
Der hatt' ein schönes Pferd. —"
Nun gut — und was dann weiter? —
„Er aber war nichts wert!" —

Das Alkohol-Monopol in Rußland.

Der Bericht, den der russische Finanzminister Witte dem Zaren über den Staatshaushalt und die finanziellen Pläne der Regierung für 1899 vorgelegt hat, enthält sehr bemerkenswerte Mitteilungen über die günstigen Ergebnisse der Einführung des Alkohol-Monopols. Die bessere Beschaffenheit des Branntweins, die beträchtliche Verminderung der Ausschankstellen, die einheitlichen Preise, die Unmöglichkeit, sich auf andere Weise als gegen Barzahlung Branntwein zu verschaffen, diese und andere mit der Einführung des Monopols in Zusammenhang stehende Maßnahmen haben einen äußerst wohlthätigen Einfluß ausgeübt. Die Trunksucht hat bedeutend abgenommen, ebenso die Zahl der aus diesem Laster hervorgehenden Vergehen und Verbrechen. Die Berichte der staatlichen, kirchlichen und kommunalen Behörden lauten sämtlich, daß neben den moralischen und hygienischen Verhältnissen sich auch die materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung gebessert haben. In vier Provinzen des östlichen Rußland (Perm, Ufa, Samara und Orenburg) ist seit Einführung des Monopols eine erhebliche Vermehrung der Sparkasseneinlagen zu verzeichnen. Auch die Steuern gehen besser ein. Während der Jahre 1895—1897 hat sich kein besonderer Antrieb fühlbar gemacht, auch überschritt das Ernte-Erträgnis nicht das der drei vorausgegangenen Jahre, dennoch hat sich in den Provinzen, wo seit 1895 das Branntwein-Monopol besteht, das Staatseinkommen um 46 v. H. gehoben, während die übrigen Provinzen nur ein Mehr von 28 v. H. ergaben. Auf dem Lande gingen die Ablösungsbeträge und die Rückstände besser ein. Der finanzielle Gewinn wird durch nachstehende Ziffern beleuchtet: Im Jahre 1893 wurden in den vorgenannten vier Provinzen an Alkohol-Steuern 11 600 000 Rubel, an Verkaufskonzessionen 754 000 Rubel, im ganzen 12 354 000 Rubel eingenommen. Nimmt man diesen Betrag als jährliche Durchschnittssumme, so würden die Einnahmen für die vier Provinzen ohne Einführung des Monopols in den Jahren 1895 bis 1897 37 Millionen Rubel ergeben haben. Die Reineinnahme abzüglich aller Ausgaben betrug aber

1895	16 844 000 Rubel,
1896	19 018 000 „
1897	20 375 000 „
Gesamtsumme	56 237 000 Rubel

Der finanzielle Ueberschuß des Monopols beträgt also für die angegebene Zeit 19 Millionen Rubel. Am 1. Juli 1896 wurde das Monopol in den neuen Provinzen des Südens eingeführt, gegenwärtig besteht es auch im Nordwesten, im Norden und in Polen. Im Zentrum und in einigen Teilen Sibiriens wird jetzt die Einführung vorbereitet. Zum Schlusse seines Berichts sagt der Finanzminister, die nächste Aufgabe bestehe darin, das soziale Leben und die Eigentumsrechte der Bauern dauernd zu organisieren.

Ueber Karnevalsgebräuche in Dänemark

schreibt man der „Schles. Ztg.": Auch unter der dänischen Bevölkerung schwinden die eigentümlichen Vergnügungen und Sitten in der Fastnachtszeit (Fastelavn) schnell dahin. Das grausame Spiel, die Katze aus der Tonne zu schlagen, ist glücklicherweise seit einigen Jahren auch auf den abgelegensten Dörfern außer Gebrauch gekommen. Eine lebendige Katze wurde in eine Tonne gesteckt und diese dann an Leinen zwischen zwei Bäumen auf der Landstraße hoch aufgehängt. Die jungen Bauernsöhne kleideten sich phantastisch an, nahmen eine Keule in die Hand, bestiegen ihre Pferde, ritten nacheinander unter der Tonne durch und schlugen mit aller Kraft gegen die Tonne, bis diese endlich zersplitterte und die arme Katze heraussprang. Derjenige Bauer, der den Hauptschlag führte, wurde „Katzenkönig" genannt. Heute wird diese Sitte nur noch symbolisch ausgeübt. In der Stadt und auf dem Lande werden kleine Tönnchen aufgehängt, die mit Apfelsinen, Schokolade 2c. gefüllt sind. Den Kindern bereitet es nun großes Vergnügen, hier „die Katze aus der Tonne zu schlagen", denn wer den entscheidenden Schlag thut, erhält den gesamten süßen Inhalt. Eine andere eigentümliche dänische Karnevalssitte, die auch besonders von der Jugend gepflegt wird, heißt „nach dem Kloße beißen" (bide til bollen). Ein Kloß aus süßem Gebäck, eine Art Pfannkuchen, wird an einer Schnur befestigt und diese auf und nieder gezogen. Es gilt dann, mit dem Munde nach dem Kloße zu schnappen, ohne die Hände zu benutzen. Der Sieger erhält außer dem Kloß auch noch sonstige Süßigkeiten. Eine früher durch ganz Dänemark auf dem platten Lande verbreitete Sitte, die auch jetzt noch ziemlich häufig vorkommt, ist das sogenannte Fastnachtsreiten. Eine Anzahl junger Bauernsöhne reitet, phantastisch kostümiert und sehr häufig auch maskiert, von Dorf zu Dorf. An der Spitze reitet in der Regel der Narr, der eine Gesichtsmaske und auf seinem Hute eine große Schellenglocke mit Federn trägt. Auf jedem Hofe fordert er Geld, Speisen und Getränke und dann wird abends aus dem Erlöse ein Gelage für alle Reiter auf irgend einem Bauernhofe veranstaltet. Auf einigen Inseln herrscht auch der Gebrauch, daß junge Burschen sich vermummen, einige davon auch als Mädchen, und auf den Bauernhöfen Fastnachtspossen aufführen, um zum Schlusse bares Geld, Speisen, Kuchen 2c. einzusammeln. In Kopenhagen war es bis zum vorigen Jahre Sitte, daß arme Kinder maskiert und teilweise phantastisch geschmückt von Haus zu Haus zogen, sangen und deklamierten und schließlich Geld einsammelten. Für dieses Jahr hat aber die Polizei von Kopenhagen dieses sogenannte Fastnachtslaufen in der dänischen Hauptstadt streng verboten. Dahingegen verteilen immer noch viele Kopenhagener Hausfrauen an arme Kinder sogenannte „Fastelavnsboller" und „Strutter." „Strutter" ist ein Gebäck in Form eines Seesterns, und die „Fastelavnsboller" sind hohle Weißbrote. Die Fastnachtsrute spielt auch in Dänemark eine große Rolle. Die Kinder suchen sich gegenseitig noch in aller Frühe im Bett zu überraschen und die Langschläfer durch Rutenstreiche zum Aufstehen zu zwingen. Auf den Bauernhöfen wird natürlich kurz vor Fastnacht ganz gehörig gegessen, getrunken und getanzt. Bei den reichsten Bauern sitzen oft 50 und mehr Gäste zu Tisch. Bei den Kleinbauern finden um diese Zeit ebenfalls üppige Schmausereien statt, aber jeder Teilnehmer zahlt einen gewissen Betrag, gewöhnlich sechs Kronen (die Krone 1,12 Mk.), für die Ausrichtung des Gelages. Wie überall ist auch in Dänemark der Karnevalsmontag, der „Mosenmontag", der Hauptfesttag. In Dänemark heißt er Speckmontag, weil man früher an diesem Montag auf dem Lande Schweinefleisch und gelbe Erbsen aß. Der Fastnachtsdienstag wird der weiße Dienstag genannt, weil an diesem Tage die weißen Fastenbrote — in Jütland sind es allerdings Pfannkuchen — auf jeden Tisch kommen.

Buntes Allerlei.

Ewige Hoheit. Bei der silbernen Hochzeit des Koburger Herzogspaars verlas ein biederer Landschultheiß bei der Gratulationskour eine Adresse, wobei er beständig den Herzog mit „Ewige Hoheit" anredete. Die Herrschaften konnten sich kaum des herzlichen Lachens über diese neueste Rangerhöhung enthalten. — Wer war schuld daran? Die Zeitungen mit ihrer Manier, die Anrede „Euer" in „Ew." abzukürzen.

Junges Gemüse in Deutschostafrika. Ueber die Ergebnisse des Anbaues von Gemüsen wird im „Kolonialblatt" folgendes berichtet: Es hat sich im Laufe der Jahre herausgestellt, daß bei genügender Bewässerung fast überall eine Anzahl unserer europäischen Gemüse gut gedeihen, besonders wenn man von Zeit zu Zeit durch Düngung dem Boden neue Stoffe zuführt. Am besten gedeiht alles in den höher gelegenen Binnenstationen. Es sind z. B. in Kwai, Mo-shi, Iringa, Songea und Muanza sehr gute Resultate erzielt worden. Man kann dort das ganze Jahr hindurch frische Gemüse haben. Es wachsen sogar die sonst hier nicht schwierig zu ziehenden Sorten, wie Blumenkohl, Kopfkohl, Artischocken, Kartoffeln u. a. m. An der Küste kann man darauf rechnen, von Mai bis November Gemüse zu haben. Während der heißen Monate macht die Anzucht durch die Notwendigkeit vermehrter Bewässerung und Beschattung größere Schwierigkeiten. Es hat sich herausgestellt, daß in dem leichten Sandboden der Küstenregion alles besser auf vertieft angelegten als auf erhöhten Beeten gedeiht. An der Küste gedeihen Radies, Rettiche, Salat, Endivien, Kohlrabi, Pflückkohl, Rotebeete, Spinat, Tomaten, Bohnen, verschiedene Küchenkräuter und Mohrrüben mit Sicherheit. Oft nur wenige Kilometer von der Küste kann man auch feste, kleine Kohlköpfe erzielen.

GEDRUCKT BEI W. ARENDT, BERLIN.

eintreten wollte, stieß die Wirtin sie mit einem „Nein!" zurück. Zitternd vor Wut stand sie ihr gegenüber. „Nein!" zischte sie, den Arm drohend gegen sie erhoben, „nein! dein Fuß soll meine Schwelle niemals mehr überschreiten."

Käthe wurde blaß, aber sie bezwang sich und sagte ruhig: „Für heute, Frau Baumann, ist es wohl zu spät, eine Aenderung zu treffen."

„Geh mir aus den Augen, du elende Kreatur! Du bist schuld daran, daß sie ihn freigesprochen haben, du Lügnerin!"

„Ich log nicht, ich sprach die Wahrheit!"

„Die Wahrheit? Tausendmal bist du an dem alten Gemäuer vorbei gekommen, wie konntest du es vergessen! Aber das kommt von deinem einsamen Umherreiten, deinem verträumten, träumerischen Wesen! Doch nein, ich glaube, du hast es absichtlich gethan! Du wolltest ihn entkommen lassen! Bist du eine Verrückte oder eine Lügnerin? — Das möchte ich wissen!"

„Ich bin keins von beiden, Frau Baumann. So gewiß es einen Gott im Himmel gibt, so gewiß ist es, daß der Mann, den sie heute freigesprochen haben, Ihren Sohn in jener Nacht niederschlug und seinen Körper in das Wasser stieß."

„Und du hast ihn der Strafe entgehen lassen! Schande über dich, tausendmal Schande! Hinweg von mir, du Viper!"

„Wohin kann ich zu dieser Stunde gehen?" fragte Käthe, noch immer ihre Erregung niederkämpfend.

„Gehe, wohin du willst! Was kümmert das mich. Ich will, daß du mir aus den Augen gehst! Hast du gehört, was ich sage?"

Käthes Ruhe schwand und ihre Augen begannen zu funkeln. „Sie werden bedauern, was Sie jetzt thun, Frau Baumann," sagte sie finster. „Ich habe die Macht, es Sie bitter bereuen zu lassen, und bei Gott, Sie sollen es bereuen!"

„Thue, was du willst! Gehe, wohin du willst! Ich werde dir deine Sachen morgen nachschicken; aber verlasse dieses Haus, damit ich dein falsches Antlitz nicht länger sehen muß. Hast du mich verstanden?"

„Sie wagen es, meine Rache herauszufordern?"

„Ja, thue dein ärgstes. Was für ein Leid kann mich noch treffen? Mein Sohn ist tot, sein Mörder freigesprochen! Der bittere Kelch, den ich zu trinken habe, ist zum Ueberfließen voll. Ich muß ihn leeren, aber deine Augen sollen sich nicht daran ergötzen. Entferne dich!"

Käthe blieb unbeweglich stehen. „Sie halten Heinrich von Lestow für den Mörder Ihres Sohnes?"

„Kain war nicht schuldiger, als er."

„Ich hörte die Leute im Gerichtssaal sagen, daß Heinrich von Lestows Ehre für immer vernichtet sei, daß er sein Haupt nie wieder werde aufrecht tragen können, auch wenn sie ihn freisprechen, sondern daß der Verdacht wie ein Fluch über ihm hängen werde."

„Ich freue mich, dies zu hören! Aber dir bin ich keinen Dank schuldig."

„Meinen Sie?" Die schlanke Gestalt Käthes richtete sich hoch in die Höhe. „In meiner Macht liegt es, ihm seine Ehre wiederzugeben. Ich brauche nur drei Worte zu sagen und er ist von dem Verdachte gereinigt."

„So schwurst du einen falschen Eid. Hast du an die Strafe gedacht, welche den Meineidigen trifft?"

„Fürchten Sie nichts für mich," spottete Käthe, „ich werde mich zu rechtfertigen wissen; aber Ihre Gehässigkeit wird ans Licht kommen."

Der Zorn der Frau war von ihrer Neugier verdrängt. „Sage mir, was du weißt, und du kannst heute nacht in meinem Hause bleiben."

„Nein, Frau Baumann, Ihr Anerbieten kommt zu spät," sagte Käthe kalt und schneidend. „Ich werde meine Sachen abholen lassen und mit dem 12 Uhr-Zuge nach Berlin fahren. Ich wünsche Ihnen gute Nacht, Frau Baumann, und angenehme Träume!"

Sie machte der Ueberraschten eine tiefe und spöttische Verbeugung und entfernte sich.

* * *

„Nichtschuldig!" lautete der Spruch der Geschworenen; doch die öffentliche Meinung urteilte anders: „Losgesprochen wegen Mangels an Beweisen!" — „Mit genauer Not der verdienten Strafe entkommen!" — „Durch die Geschicklichkeit seines Verteidigers dem Galgen entgangen?" — das sind die Urteile, welche das Publikum, die Zeitungen in den Händen, über Heinrich von Lestow fällt.

„Seine Frau soll die wohlthätige Fee gespielt und die armen Kinder mit Bonbons gefüttert haben, um die Geschworen günstig zu stimmen," so sagen sie einen. „Dieser Halberg ist ein geriebener Kerl, er hat den Fall pfiffig genug zu drehen gewußt," lächelte die andern. Alle aber treffen in der Meinung zusammen: „Wenn sie vernünftig sind, verkaufen sie ihre Besitzung und gehen ins Ausland."

Heinrich vernimmt diese Reden und Urteile nicht, aber er fühlt sie. Er glaubt, die allgemeine Verdammung mit der Luft einzuatmen, die ihn umgibt, jedes rauschende Blatt, jede murmelnde Welle scheint sie ihm zuzuflüstern. Nachdem die erste Rührung über die Wiedervereinigung mit seiner Gattin vorbei ist, versinkt er in eine Niedergeschlagenheit, die seine Gesundheit mehr untergräbt, als es die lange Haft vermocht hat. Vergebens sind alle Bemühungen Marthas, ihn seinem trüben Sinn zu entreißen. „Das Gesetz ließ mir das Leben, aber nahm mir meine Ehre," das ist der Gedanke, der ihn Tag und Nacht erfüllt und seine Seele zu keiner Ruhe kommen läßt. Er hat noch immer Freunde, die fest zu ihm halten und bereit sind, durch dick und dünn mit ihm zu gehen; aber es sind ihrer nur wenige. Die meisten seiner Bekannten halten sich fern von ihm. Einige thun es, weil sie nicht wissen, was sie zu ihm sagen sollen, die anderen, weil sie die öffentliche Meinung fürchten, die gegen ihn ist.

Trotzdem denken weder Heinrich noch Martha daran, das Herrenhaus zu verkaufen und in das Ausland zu gehen. Sie wollen tapfer an ihrem Platz aushalten, um den Leuten zu zeigen, daß sie sich schuldlos fühlen; aber Heinrich v. Lestows Gesundheit beginnt zu wanken, und Martha muß seine Wangen täglich hohler und seine Augen matter werden sehen, ohne ihm helfen zu können.

BS 21 (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218990208-13/fragment/page=0003

Vermischtes.

Gedenket der Vögel! Frost und Schneefall haben den lieben Gästen unserer Gärten die letzte kümmerliche Nahrung geraubt. Was der Mensch achtlos wegwirft, wäre ihnen jetzt Labsal. Wer menschenfreundlich ist, denkt auch der armen Tiere. Das Wonnegefühl, das uns belebt, wenn wir irgendwem Freude bereitet haben, bleibt auch nicht aus, wenn wir den Tieren wohlthun. Mit leichtem Wurfe, in dem man das spendet, dessen man ja selbst gar nicht bedarf, stiftet man Segen. Viele Freunde der Vögel haben vor ihren Fenstern kleine Brettchen befestigt, auf denen Brotstückchen liegen und auch ein Napf mit Wasser steht. Es wäre schön, wenn dieser gute Brauch in recht vielen Häusern Raum fände, damit den Vögeln über die Nöte des Winters hinweggeholfen wird.

Querfurt, 3. Februar. Nachdem der Herr Kreisphysikus Dr. P. Seliger sich veranlaßt gesehen hat, die hiesige Physikatsstelle wieder niederzulegen und seine frühere Stellung als Kreiswundarzt in Schmiedefeld wieder aufzunehmen, ist jetzt Herr Dr. Geier hier zum Kgl. Physikus des Kreises Querfurt ernannt worden. Die Vereidigung des Herrn Dr. Geier hat heute durch den Königl. Landrat Herrn Bötticher stattgefunden und Herr Kreisphysikus Dr. Geier damit die Amtsgeschäfte übernommen.

Bibra. In der Geschirrmeisterschen Brandsache weilen, da böswillige Brandstiftung vermutet wird, jetzt 2 Kriminalbeamte aus Magdeburg hier, welche sich eingehend mit Nachforschungen zur Ermittelung der Thäter befassen. Der angerichtete Brandschaden ist auf über 10000 Mk. festgestellt und — wie man anerkennen und hervorheben muß — in sehr entgegenkommender Weise von der Provinzial-Städte-Feuer-Sozietät deputiert worden, sodaß auch der Beschädigte selbst seine vollste Zufriedenheit damit ausgesprochen hat.

Laucha, 3. Februar. Durch unglücklichen Zufall wurde der 3jährige Knabe Oskar Jahn schwer verletzt, indem er in dem Momente, als er vor einer Thoreinfahrt vorüberging, infolge der Glätte hinfiel und unter die Räder eines gerade herausgeschobenen Wagens geriet. Das Kind, welches hierbei eine erhebliche Quetschung beider Unterschenkel erlitt, ist in die Hallische Klinik aufgenommen worden.

Laucha. Im Jahre 1898 hatte die städtische Sparkasse eine Einnahme von 1179107,68 Mk. (darunter neue Einlagen 504736,47 Mk.) und eine Ausgabe von 1107903,81 Mk. (darunter Rückzahlungen auf Einlagen 473349,92 Mk., abgehobene Zinsen 16190,76 Mk., Administrationskosten 5039,85 Mk.) Aktiva 3026175,82 Mk.; Passiva 3000729,28 Mk., also Ueberschuß zum Reservefond 25446,54 M. der nunmehr 289012,67 Mark beträgt. Aus ihm wurden Mk. 39445,50 zu gemeinnützigen Zwecken verwandt.

Freyburg a. U., 3. Februar. (Winzerversammlung.) Die heutige auf Veranlassung der Landwirtschaftskammer im Saale der „Sektkellerei" stattgehabte Versammlung, welche von ca. 250 Weinbauinteressenten des Unstrut- und Saale-Thales besucht war, nahm einen überaus günstigen Verlauf. An der sehr lebhaften Besprechung beteiligten sich u. a. die Herren Landesökonomierat von Meydel-Steimels, der Kgl. Landrat Bötticher-Querfurt, Baron von Helldorff-Zingst, Dr. Hollrung-Halle, Realschullehrer Maertens-Naumburg, deren Ausführungen darin gipfelten, daß der Weinbau unserer Gegend erhalten werden müsse, da dies gerade das Interesse der kleineren Besitzer erfordere. Die Erfahrung der letzten 10 Jahre habe jedoch bewiesen, daß die Maßnahmen der Königlichen Regierung, die für andere weinbautreibende Provinzen und Länder von Wichtigkeit gewesen sind, hier im Zentrum des Weinbau-Gebietes der Provinz Sachsen nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben und die Krankheit auf diesem Wege nicht zu bekämpfen sei. Es sei deshalb die Provinz Sachsen aus der internationalen Konvention auszuscheiden und nur Fürsorge zu treffen, daß keine Rebe ausgeführt werde. Bezüglich der Neupflanzungen wurde die amerikanische Reb. als am meisten widerstandsfähig bezeichnet; es gebe jedoch, wie Herr Mertens hervorhob, auch Winzer, die der Ansicht seien, daß die hiesigen Reben bei guter Pflege trotz der Reblausfrucht nicht zu Grunde gehen. Seitens eines Mitglieds der Landwirtschaftskammer wird die Erklärung abgegeben, daß die Staatsregierung bereit sei, Rebschulen in großem Maßstabe zur Abgabe an die Winzer um billigen Preis anzulegen, und im Anschluß daran verspricht auch der Königliche Landrat Bötticher, Mittel zeitens des Kreises für den genannten Zweck flüssig zu machen. Einstimmige Annahme fand folgende zum Schluß verlesene Resolution der Landwirtschaftskammer, welche dem Abgeordnetenhause bezw. der Kgl. Regierung übersandt werden soll: 1) Der Weinbau ist aufrecht zu erhalten, da er eine wichtige Erwerbsquelle für die Bewohner des Unstrut- und Saale-Thales bildet. 2) Eine anderweitige Benutzung des Gebietes der Weinberge hat sich als unthunlich erwiesen. 3) Das bisherige Vastationsverfahren hat sich als vollständig wirkungslos erwiesen. 4) Es steht zu befürchten, daß der Weinbau durch das bisherige Verfahren vollständig vernichtet wird. Wir bitten deshalb um Einstellung des bisherigen Vastationsverfahrens. 5) Wir halten die amerikanischen Reben als am meisten geeignet zur Neupflanzung.

Freyburg. Wie mitgeteilt wird, will der jetzige erste Vorsitzende des Saale-Unstrut-Elster-Bezirkes des Preußischen Landes-Kriegerverbandes Herr Kaufmann Johannes Markendorf hier in nächster Zeit von seinem Amte zurücktreten. Herr Markendorf steht seit 21 Jahren an der Spitze des Bezirkes und hat durch seine Umsicht und rege Thätigkeit, sowie treffliche Leitung den Bezirk aus ganz kleinen Anfängen zu einem der größten und bestorganisierten des ganzen deutschen Kriegerbundes gemacht, denn laut letztem Geschäftsberichte zählte der Bezirk 222 Vereine mit 12173 Mitgliedern. Die nächste Bezirksversammlung findet am 16. April in Naumburg statt und es ist vielfach der Wunsch vorhanden, den Bezirkssitz nach Naumburg zu bringen.

Preußischer Landes-Kriegerverband. Die auf dem Abgeordnetentage des Deutschen Kriegerbundes zu Weißenfels am 8. und 9. Juli 1898 beschlossenen Satzungen des Preußischen Landeskriegerverbandes haben die Allerhöchste Genehmigung gefunden. Seine Majestät der Kaiser hat auch das Protektorat über den Verband angenommen.

Merseburg, 6. Februar. Als Aufgaben für die Hauptkonferenzen der Lehrer im Jahre 1899 sind von der Königlichen Regierung zu Merseburg zur Beratung gestellt worden: 1. Bedeutung und Einrichtung der Schulferien. 2. Wie ist der Geschichtsunterricht zu betreiben, damit durch ihn Verständnis der Gegenwart erzielt werde, und wie sind dabei die Verhältnisse der Heimat zu verwerten.

Nach Mitteilung der Landwirtschaftskammer kosteten am 6. Februar 100 Kilogramm Weizen 16,00—16,50, Roggen 14,50—15,90, Gerste 16,50—17,50, Hafer 14,00—15,00, Erbs. 17 Mk.

Naumburg, 3. Februar. (Marktpreise.) Butter 1,80—2, Eier 3,20—3,40, Gänse 4,50—6, Enten 2,25—2,60, Hühner 1,30—1,50, Hasen 3—3,50, Schweine 17—20, 1 Schock Käse 2,40—2,60, 1 Ztr. Kartoffeln 2,40—2,60, 1 Mandel Sellerie 1,20—1,50, 1 Ztr. Aepfel 5,50—6,50 Mk., Tauben, Hähnchen 70—85, Kaninchen 80—100, Birnen 30—50, Kohlrabi 50—55, Kohl, Spinat 70—80, 4 Börsch, Rosenkohl, Mus 20—25 Pfg.

Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Es sind noch eine Anzahl zum Rectorats- und Cantorats-Acker gehörige Parzellen auf 6 Jahr zu verpachten.

Wir ersuchen Pachtliebhaber, sich schleunigst bei uns zu melden.

Nebra, den 6. Februar 1899.

Der Magistrat.
Strauch.

Bekanntmachung.

Bei der im Januar 1899 vorgenommenen Revision der Feuerstätten haben sich eine überaus große Anzahl Verstöße gegen die polizeilichen Vorschriften gefunden.

Wir wollen für diesmal von Bestrafung Abstand nehmen, ersuchen aber dringend, die vorgefundenen Mängel schleunigst zu beseitigen.

In spätestens 3 Monaten wird eine Nachrevision stattfinden.

Wegen der sich dann noch vorfindenden Mängel wird Bestrafung erfolgen.

Nebra, den 3. Februar 1899.

Die Polizei-Verwaltung.
Strauch.

Bekanntmachung.

Die fälligen Steuern pp. pro Januar, Februar und März cr., sowie sämmtliche Reste, sind zur Vermeidung der zwangsweisen Einziehung bis spätestens den 15. Februar cr. zu entrichten.

Nebra, den 1. Februar 1899.

Die Kämmerei-Kasse.
Haft.

Heute frisch eingetroffen:
ff. Schweizer Käse, Thür. Kümmel-Käse, Bücklinge, Bratheringe, Rollmöpse, Apfelsinen, Citronen und Capern
empfiehlt billigst **Richard Bertholdt.**

Panama-Holz-Wasch-Extract
ist und bleibt das Beste für die Wäsche.
Zu haben bei **Otto Wobig.**
General-Depot: **Osc. Scherff, Leipzig.**

Dr. Oetker's
Backpulver 10 Pfg.
Vanille-Zucker 10 Pfg.
Pudding-Pulver 10, 15, 20 Pfg.
Recepte gratis.
R. Barthel.

Wer an Asthma
(Luftmangel) leidet, erhält **umsonst** und portofrei die durch D. R. G. geschützten Eck's Asthma-Tafeln z. Probiren. Man schreibe seine Adresse per Postkarte an die Adler-Apotheke in Frankfurt a. M.

Literarischer Verein „Minerva".

Satzungen:

Zweck: Der unter dem Protektorate hoher Persönlichkeiten im vierten Jahre bestehende literarische Verein „Minerva" bezweckt — im Kampf gegen den zersetzenden Einfluss der Hintertreppenliteratur — das Verständnis für die unsterblichen Schöpfungen der Lieblingsdichter aller Nationen durch würdig illustrierte u. sachlich erläuterte Ausgaben zu fördern, und somit die Anschaffung einer besonders wohlfeilen Hausbibliothek Jedermann zu ermöglichen.

Beitritt: Mitglied kann jedermann werden. Der Eintritt kann jederzeit erfolgen. Jedes Mitglied ist berechtigt, obiges Vereinszeichen mit der Umschrift *„Mitglied der literarischen Vereine Minerva"* zu führen.

Veröffentlichungen: Zur Ausgabe gelangen 14tägige Hefte (je 32 Seiten, reich illustriert), die jährlich je nach Umfang eine Anzahl vollständiger, in sich abgeschlossener „Klassischer Meisterwerke" bilden. — *Mit den besten Erscheinungen der neuern und neuesten Literatur werden die Mitglieder gleichfalls durch das 14tägige Vereinsorgan „internationale Literaturberichte" bekannt gemacht.*

Beitrag: Die Mitgliedschaft wird durch einen vierteljährlichen Beitrag von Mk. 2,50 — unter Ausschluss jeder weiteren Verbindlichkeit — erworben und gewährt das Recht auf kostenlosen Bezug aller im Vereinsjahr erscheinenden Publikationen, einschliesslich des Vereinsorgans.

Druck- und Illustrationsproben der Vereins-Publikationen kostenlos durch die Geschäftsstelle des „L.-V.-M.", Leipzig, Grenzstr. 37. Beitritts-Anmeldung ebendahin.

Metzer Dombau-Geld-Lotterie
Hauptgewinn 50,000 Mark.
Alle Gewinne werden in baar ausbezahlt. Ziehung vom 11.—14. Februar.
Loose à 3 Mk. 30 Pfg. Porto und Liste 20 Pfg. extra, empfiehlt und versendet
F. Krüger, Lotterie-Geschäft **Berlin,** Kommandenstr. 44a.

Für Händler
offerirt zum Bezuge in Lowries billigst zur prompten Lieferung:
Lützkendorfer Brikets
von vorzüglicher Heizkraft und nur wenig Asche hinterlassend, ab Station Lützkendorf der Merseburg-Müchelner Bahn.
Ferner von Dörstewitz: **Grude-Coacs** und **Brikets** ab Haltepunkt Knabendorf der **Merseburg-Lauchstädter Bahn.**
Dörstewitz-Rattmannsdorfer Braunkohlen-Industrie-Gesellschaft
Halle a. S., Dorotheenstraße 18.

ff. frischgebrannte
Caffee's,
1/4 Pfd. zu 20, 25, 30, 35, 40, 45 u. 50 Pfg.
Perl von 30 Pfg. an.
Dr. Oetker's Backpulver
à Packet 10 Pfg.,
sowie frisches **Speise-Rüböl**
empfiehlt billigst **Rich. Bertholdt.**

Eisernes
Baumaterial
als eiserne **T-Träger,** gußeis. **Säulen, Bahnschienen,** eis. **Fenster** rc., sowie **Eisenconstructionen** jeder Art liefern als Specialität franco jeder Bahnstation
F. G. Weisse & Co.,
Halle a. S.
Grosses Lager. Billigste Notirung.

David's **Mignon-**
Kakao u. Schokolade,
David's Hafermalz-Kakao
ist überall erhältlich.
Die Kakao-Kompagnie Theodor Reichardt versandte in zwei Jahren
über 10000 Ctr.
von unseren Fabrikaten.
Fr. David Söhne
Kakao- und Schokoladen-Fabrik
Halle a. S.

3 1/2 und 3 3/4 %ige
Sparkassen-Gelder
auf städt. und ländl. Grundbesitz unter günstigen Bedingungen auszuleihen. Kostenfreie Auskunft auf unserem Büreau: **Unter der Burg Nr. 37.** Schriftlichen Anfragen ist Retourporto beizufügen.
Paul und Curt Grothe,
Nebra a. U.

Postkarten
mit Ansichten von Nebra
sind zu haben in der
Buchdruckerei Nebra.

David's Mignon-Kakao und Schokolade
1/2 ko Mk. 2,00, 1,80, 1,60.
empfehlen
Waldemar Kabisch — R. Barthel
in Nebra.

Geschäftsbücher
aus der Fabrik von **I. C. König & Ebhardt, Hannover,** liefert zu Originalpreisen
K. Stiebitz, Nebra

Schützengesellschaft Nebra.
Sonntag, den 12. Februar cr., von Abends 7 Uhr ab
findet in den festlich decorirten Räumen des **Schützenhauses**

großer Maskenball

statt. **Billets** für Masken und Zuschauer sind im Vorverkauf bei den Herren Schützenhauswirth **Lüttke,** Feldwebel **Hasselbarth** und Rechnungsführer **Melchior** zum Preise von **50 Pfg. für Saal und 30 Pfg. für Gallerie** zu haben.
Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. **Anfang 7 1/2 Uhr.**
Es ladet freundlichst ein **Das Directorium der Schützengesellschaft.**
Masken sind von Sonnabend, Abends 6 Uhr im **Schützenhause** zu haben.

Redaction und Druck der drei ersten Seiten von Hermann Arendt's Verlag in Berlin. Redaction und Druck der vierten Seite und Verlag von Karl Stiebitz in Nebra

Hierzu Landwirtschaftliche Mitteilungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218990208-13/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis vierteljährlich 1,05 Mk., pränumerando durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen: Wöchentlich ein illustrirtes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Insertionspreis für die 1spaltige Korpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf., Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Inserate werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 11. **Nebra, Mittwoch, 8 Februar 1899.** **12. Jahrgang.**

Der Abrüstungsvorschlag

hat nicht nur den Diplomaten, sondern auch den Bierbankpolitikern viel zu schaffen gemacht und tausende berufener und unberufener Federn in Bewegung gesetzt. Als der Zar im August v. mit seinem Vorschlage die Welt überraschte, wurden im Lager der Friedensbewegung zunächst übertriebene Hoffnungen, weitgehende Erwartungen wachgerufen. Es gab Schwärmer, die da meinten, nun werde man unter Führung des Kaisers Nikolaus mit Siebenmeilenstiefeln dem „ewigen Frieden“ entgegeneilen. Ohne den Wert des menschenfreundlichen Gedankens eines mächtigen Herrschers zu unterschätzen, hielten diejenigen, welche mit den wirklichen politischen Verhältnissen zu rechnen gewöhnt sind, von Anfang an daran fest, daß durch die Initiative von Petersburg für den Augenblick nur ein kleiner Teil eines großen Programms zu erreichen sein wird, daß aber mit dieser Anbahnung, wie die damalige offizielle Note auch nachdrücklich und mit Recht hervorhob, ein günstiges Vorzeichen für die Entwickelung des kommenden Jahrhunderts ins Leben getreten ist.

Diese ruhigere und deshalb nutzbringendere Auffassung ist jetzt auch in den Kreisen derer zur Geltung und zum Ausdruck gelangt, die für das endliche Ziel, die Ausschaltung des Krieges, eine internationale und eifrige Propaganda betreiben. Ein Herr Alfred H. Fried, der mitten in der Bewegung steht, hat nun unter dem Titel „Was kann die Petersburger Friedens-Konferenz erreichen“ eine lesenswerte Broschüre veröffentlicht, die den Erwartungswert des russischen Vorgehens in nüchterner, sachlicher Weise abschätzt. Von Illusionen über die unmittelbaren Ergebnisse der Abrüstungskonferenz hält sich Fried fern. Die mittelbare Wirkung veranschlagt er dagegen sehr hoch. Er, der ausgesprochene Friedensfreund, glaubt nicht an die Möglichkeit, durch Verträge auch nur das Innehalten der Rüstungen zu dekretieren. Ja er scheut sich nicht auszusprechen: „Wir müssen erst in eine neue Zeit hineinwachsen; hineinspringen wäre unser Tod, denn wir würden da unten mit zerbrochenen Gliedern ankommen und die errungenen Vorteile würden durch den waffenlosen Frieden viel mehr zerstört werden, als durch den waffenstarrenden Frieden.“

Der Verfasser der Schrift vertritt den gewiß zutreffenden Gedanken, daß man nicht die Symptome, sondern die Ursachen in Behandlung nehmen müsse, daß also, wenn man dahin gelange, die Streitigkeiten zwischen „zivilisierten“ Nationen durch internationale Schiedsgerichte mit bindender Kraft entscheiden zu lassen, die alsdann überflüssigen Gewaltmittel und also auch die Kriegsrüstungen von selbst in Verfall und somit immer mehr außer Gebrauch kommen würden. Herr Fried scheidet von diesem Areopag selbst auch die „halbbarbarischen“ Völker aus, „bei denen der Krieg noch immer ein Kulturfaktor“ ist und rechnet zu den „unreifen“ Staatsbildungen auch die Türkei, die übrigen Balkanstaaten, China und — Japan. Auf Grund dieser Scheidung kommt er nun zu utopischen Vorschlägen, die man ebenso in seinem eigenen Lager überraschend und wenig logisch finden wird, wie sie in den Kreisen praktischer Politiker als undurchführbar bezeichnet werden müssen. Er verlangt Kriege, Handelskriege, Kolonisationskriege, eine Teilung der Welt auf Grund eines vorher abgeschlossenen großen Kolonisationsbundes der zivilisierten Nationen. China, Afrika, ja sogar die Türkei sollen mit Hilfe unter europäischem Mandat operierender internationaler Flotten erobert und ausgenutzt und die „noch tief unten stehenden Völker“ gewissermaßen „unter Kuratel“ gestellt werden. „An China“ — meint Herr Fried — „müßte das Exempel statuiert werden. Das ganze chinesische Reich müßte von den Europäern unter Vormundschaft gestellt werden. Eine ständige Kommission der Mächte in Bern und Peking leitet die Angelegenheit des Landes. Die Naturschätze werden ausgebeutet . . . Die Handelsgesetze unter Berücksichtigung aller Interessen der Vormünder geordnet.“

Das ist ein seltsamer Idealismus, der recht sehr an den jenes menschenfreundlichen Geistlichen erinnert, der in der guten Absicht, die Indianer auf den westindischen Inseln zu schützen, den Negerhandel und die Negersklaverei für Amerika ins Leben rief. Die „Vormünder“ würden bei der „Friedensidee“ bald genug einander ernstlich in die Haare geraten.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag setzte am Freitag die zweite Etatsberatung mit dem Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung fort. Staatssekretär v. Podbielski teilte mit, daß ein neuer Fernsprechgebührentarif dem Bundesrat bereits vorliege. Im Telephonwesen würden noch weitere Ermäßigungen geschaffen werden. Beim Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ kritisierte Abg. Singer (soz.) die Erlasse des Staatssekretärs gegen den Verband der Postunterbeamten, die Maßregelung von Beamten, die sozialdemokratischer Gesinnung verdächtigt worden seien. Staatssekretär v. Podbielski erwiderte, er werde unter keinen Umständen dulden, daß ein Sozialdemokrat Beamter bleibe.

Am 4. d. wird zunächst der Bericht der Geschäftsordnungskommission über den Antrag Agster und Gen. (soz.) auf Erteilung der Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Schmidt-Aschersleben wegen Majestätsbeleidigung dem Kommissionsantrage gemäß angenommen, da, wie der Referent Abg. Roeren darlegt, von der sonst üblichen Verweigerung der Genehmigung abzusehen sei, wenn der betr. Abgeordnete selber die Strafverfolgung nicht verhindert zu sehen wünsche.

Sodann wird die Spezialberatung des Postetats beim Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt.

Abg. Bassermann (nat.-lib.): Ueber die Entlassung sozialdemokratisch gesinnter Beamter kann sich Abg. Singer nicht beschweren. Dagegen können wir es nicht billigen, daß man die Privatlektüre der Beamten kontrolliert. Den Anregungen auf vermehrte Sonntagsruhe, auf erweiterte Verwendung weiblicher Arbeitskräfte für bestimmte Stellen können wir uns durchaus anschließen.

Abg. Müller-Sagan (frs. Vp.) beantragt die folgende Resolution: „Der Reichstag wolle beschließen: 1) zu erklären, daß Disziplinarmaßregeln gegen Postunterbeamte wegen Abonnierens auf die Wochenschrift ‚Deutscher Postbote‘ oder wegen Inserierens von Familien- oder Vereins-Nachrichten in dieser Wochenschrift unzulässig sind; 2) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, jede Beschränkung der Postbeamten bezüglich ihrer außerdienstlichen Lektüre zu untersagen.“

Abg. Graf Klinckowström (kons.): Der Resolution Bassermann werden meine Freunde zustimmen. Lebhaft bedauern wir es aber, daß nach der gestrigen Verhandlung die Resolution Müller-Sagan überhaupt eingebracht worden ist, denn sie kann nur zur Lockerung der Sozialdemokratie beitragen. Die Sozialdemokratie trifft die Verantwortlichkeit dafür, denn sie ist schuld daran, wenn Beamte mit ihren Familien in Not und Elend gestürzt werden. Sie allein sind schuld, aber Gott sei Dank ist jetzt die Zeit der Schwäche vorüber. Sie haben gestern gehört, daß die Regierung Ihnen wieder zielbewußt entgegentritt.

Abg. Franken (nat.-lib.): Ich wende mich zunächst gegen den Abg. Lingens, der für die katholischen Beamten die Vormittage, für die evangelischen
die Nachmittage der Sonntage
wollte. Hinsichtlich der letzteren
kein Recht zu einer solchen Forder
katholischen Beamten wird er es
lassen müssen, ob sie in die Messe
Luft gehen wollen. Von den ‚P
mir einige Nummern zugesandt
dings über das Erlaubte in der
ausgehen und aufhetzend auf d
müssen.

Staatssekretär v. Podbiel
bote‘ ist keineswegs ein neues Bl
seit fünf Jahren. Er vertritt
für die Unterbeamten, die niemal
und damit wirkt er verhetzend
ganz nach Art der sozialdemokra
Veröffentlichung eines Dienststu
Verletzung der von allen Beam
Dienstvorschriften. Sie hätte nu
der Vorgesetzten erfolgen dürfe
gung wäre auch unzweifelhaft er
die Veröffentlichung nicht in
schehen wäre, das es sich zu
hatte, alle ungünstigen Dienstst
öffentlichen. Hätten sich die Be
meldet, so würden sie mit ei
gekommen sein, so aber handel
Kette von Verstößen gegen die
wohl die Beamten seit Antri
wissen mußten, welches Ziel ich
gestellt habe. Ich hoffe, der Rei
träge Müller nicht annehmen, d
zum Segen, sondern zum Unseg

Abg. Stöcker (wildkons.):
kann Agitatoren in seinem Be
denn sie schüren die Unzufriede
Disziplin. Das Vorgehen der
ist aber nicht immer korrekt ge
an die Maßnahmen gegen den
band und die Zeitung, die desse
Auch die Verfolgung des ‚P
durchaus loyal gesinnten Männe
weil dadurch ganz unnützerweise

werden. Eine erweiterte Sonntagsruhe möchte auch ich befürworten. Die Schalterstunde nachmittags von 5 bis 6 Uhr müßte wegfallen. Will man sie nicht ganz ausfallen lassen, so verlege man sie auf die Zeit von 12 bis 1 Uhr.

Staatssekretär v. Podbielski: Ich kann dem Hause mitteilen, daß das heute abend herauskommende ‚Amtsblatt der Reichspostverwaltung‘ eine Verfügung bringen wird, die bestimmt, daß in Zukunft der Schalterdienst an den Sonntagen in der Regel zwischen 12 und 2 Uhr beendet sein soll. Ebenso sollen die letzten Pakete bis 12 Uhr mittags besorgt werden. Ablehnen muß ich dagegen die Anregung, an den Sonntagen Zuschläge zu nehmen, denn darin würde eine Begünstigung der Reichen gesehen werden.

Abg. Lieber (Zentr.): Auch meine Freunde halten es für richtig, daß eine Agitation unter den Beamten nicht geduldet wird, aber weder für noch gegen die Regierung. Wir können es aber auch nicht für richtig halten, daß man auch die nicht nach außen hin bethätigte Gesinnung der Beamten kontrollieren möchte. Mit dem Vorgehen gegen den ‚Postboten‘ sind auch wir deshalb nicht einverstanden, ohne daß ich etwa damit für das Blatt eintreten will.

Abg. Bebel (soz.): Der Staatssekretär arbeitet uns mit seinen Bestrebungen, die Beamten immer mehr vom Bürgertum abzuschließen und so eine Art Mandarinentum zu schaffen, in die Hände. Glauben Sie denn, wir holen uns die Beamten? Nein, sie kommen zu uns. Man treibt sie zu uns, denn es passieren ja vielfach Dinge, daß man an dem Verstand der Herren zweifeln möchte.

Abg. v. Kardorff (freikons.): Ein außerordentlich wahres Wort hat Abg. Bebel gesprochen, indem er uns zurief: „Wir leben nur von den Fehlern.“ Das ist richtig! Aber die Zeiten der Schwäche sind Gott sei Dank vorüber. Daß man Sie mit Schonung behandelt hat, war ein großer Fehler. Zum Glück tritt man Ihnen jetzt wieder energisch entgegen. Der Staat thut durchaus seine Pflicht, wenn er seine Behörden von allen Sozialdemokraten, nicht nur von den Agitatoren, säubert.

Abg. Müller-Sagan: Die von dem Staatssekretär gegebene Darstellung des Vorfalles in Saalfeld, der Entlassung von zwei Beamten wegen Veröffentlichung des Dienststundenplanes, ist durchaus unrichtig. Ich bin in der Lage, ihm das nachzuweisen. Wenn Herr v. Podbielski den Beamten die Paprikakost des ‚Postboten‘ vorenthalten will, dann soll er ihnen doch auch nicht zumuten, die Schokoladensuppe der ‚Neuen Post‘ auszulöffeln. Eine Warnung vor dem einen und eine Empfehlung des anderen Organs läuft zweifellos auf eine Knebelung der Gesinnung der Beamten hinaus.

Staatssekretär v. Podbielski: Der Vorredner stützt seine Angaben auf Zeitungsmitteilungen, mir steht das gesamte amtliche Material über die Untersuchung zur Verfügung. Auf Grund dieses Materials habe ich meine Darstellung gegeben.

Abg. v. Staudy (kos.): Der Staatssekretär kann stolz sein auf das, was er bis jetzt geleistet hat. Er kann auch nach dieser Debatte mit hoher Befriedigung aus diesem Saale scheiden. Was gerügt wird, sind ja auch nur Kleinigkeiten: einige Disziplinarfälle, über die man doch verschiedener Meinung sein kann. In dem einen Falle handelte es sich um Stimmenfang. — Ganz und gar Gesinnungsriecherei wollen wir auch nicht getrieben wissen, aber die Betätigung sozialdemokratischer Gesinnung kann der Staat unter Beamten nicht dulden. Von den beiden vorliegenden Resolutionen werden wir derjenigen des Abg. Bassermann zustimmen, die des
Eingriff
rt, der

Falle
innung

Titel
ligt,
Sagan
g aus-

us die
n Etat
ng die
hältnisse
te Be-
ge für
Vorlage
. Abg.
die Not-
gesetzes.
iesen.
in der
etr. die
rwiesen.
Aussicht
ngerichte
uf dem
könne.
daß die
en, der

Pro-
er am
ten, in
it dem

Herrscher im Himmel gegenüber betonte, von der er wie alle seine Vorgänger auf dem brandenburgisch-preußischen Thron durchdrungen sei. Der hohe Redner zog auch seine Palästinareise in den Kreis seiner Betrachtungen; am Oelberge habe er gewissermaßen sich von neuem den Fahneneid geschworen, nichts unversucht zu lassen, um das deutsche Volk in sich zu einigen und das, was es trennen könnte, zu beseitigen. In Anspielung auf die Friedenskonferenz äußerte sich der Monarch: „So lange in der Menschheit die unerlöste Sünde herrscht, so lange wird es Krieg und Haß, Neid und Zwietracht geben, und so lange wird ein Mensch versuchen, den andern zu übervorteilen. Was aber unter den Menschen, das ist auch unter den Völkern Gesetz. Deswegen wollen wir trachten, daß wir Germanen wenigstens zusammenhalten wie ein fester Block.“ Die Rede hat einen tiefen Eindruck gemacht.

* Die Einführung eines neuen Infanterie-Gewehrs steht, wie es heißt, in der That bevor. Sämtliche königl. Gewehrfabriken sind mit der Herstellung des neuen Modells so weit vorgeschritten, daß schon in nächster Zeit mit der Massenfabrikation begonnen werden kann. Natürlich ist das neue Gewehr wiederum ein Mehrlader.

* **Wie verlautet, wird die Bestätigung des Berliner Oberbürgermeisters von einer Abänderung des Kommunalbeschlusses betreffs des Friedhofes der Märzgefallenen** abhängig gemacht.

* Generalmajor Liebert, der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, wird sich sogleich nach seiner Ankunft in Dar-es-Salaam auf eine Expedition nach Mwapwa begeben. Die Expedition soll hauptsächlich dazu dienen, um einige noch schwebende Fragen in der Feststellung der geplanten Eisenbahnlinie nach dem Viktoria-See zu erledigen.

Frankreich.

* „Kein Tag ohne Enthüllung“, scheint Quesnay de Beaurepaire zu denken, der dabei immer kühnere Anklagen erhebt. Jetzt erzählt er im ‚Echo de Paris‘, die Untersuchung des Generalprokurators Manceau sei mit dem Hintergedanken geführt worden, Dreyfus als unschuldig hinzustellen. Zu diesem Zwecke habe man die Aussage Lebrun-Renaults verdächtigen müssen. Um dies zu erreichen, habe man versucht, einen Soldaten der republikanischen Garde, welcher Dreyfus bei seiner Degradation begleitete, zu einer falschen Aussage zu verleiten; der Soldat habe sich aber nicht bestechen lassen. Beaurepaire erklärt weiter, ein sehr vertrauliches Aktenstück der geheimen Akten, welches der Kriminalkammer mitgeteilt worden war, sei am folgenden Tage zur Kenntnis eines amtlichen Agenten des Dreibundes gelangt, ihm — Beaurepaire — sei diese Thatsache von zwei Offizieren mitgeteilt worden, welche bereit seien, dies vor Gericht zu bekräftigen.

* Eine Privatmeldung will wissen, daß kurz vor Esterhazys Abreise eine Begegnung mit du Paty de Clam stattgefunden habe, die sehr bewegt ausgefallen sei. Die beiden hätten sich gegenseitig Lügner genannt und einander Verrat vorgeworfen.

Belgien.

* Sehr bemerkenswert ist, daß Cecil Rhodes, der „ungekrönte König von Südafrika“, von dem König von Belgien in Audienz empfangen wurde. Wie behauptet wird, hat Cecil Rhodes, nachdem er für sein Unternehmen betreffs der innerafrikanischen Eisenbahn bei der englischen radikalen Partei Hindernisse gefunden, sich entschlossen, den König Leopold für sein Projekt zu interessieren. Man erinnert daran, daß vor einigen Tagen Cecil Rhodes in London im Kolonialamt einen Besuch abstattete, und daß bei dieser Gelegenheit ein Spezialgesandter des Königs Leopold zugegen war.

Balkanstaaten.

* Die seit Jahren unterbrochen gewesenen Beziehungen zwischen der Türkei und dem Sultan von Marokko werden demnächst wieder aufgenommen werden. Eine große türkische Gesandtschaft begibt sich Mitte Februar nach Fes und überbringt als Geschenk des Sultans 14 kostbare arabische Pferde, ferner kostbare Waffen und Antiquitäten sowie den höchsten türkischen Hausorden.

Amerika.

* Aus New York wird berichtet, daß die Mitglieder der Philippinenkommission, die Professoren Schurmann und Worcester, von San Francisco nach Hongkong abgesegelt sind. Die Konferenzen zwischen den Delegierten des Generals Otis und den Abgesandten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334218990208-13/fragment/page=0005